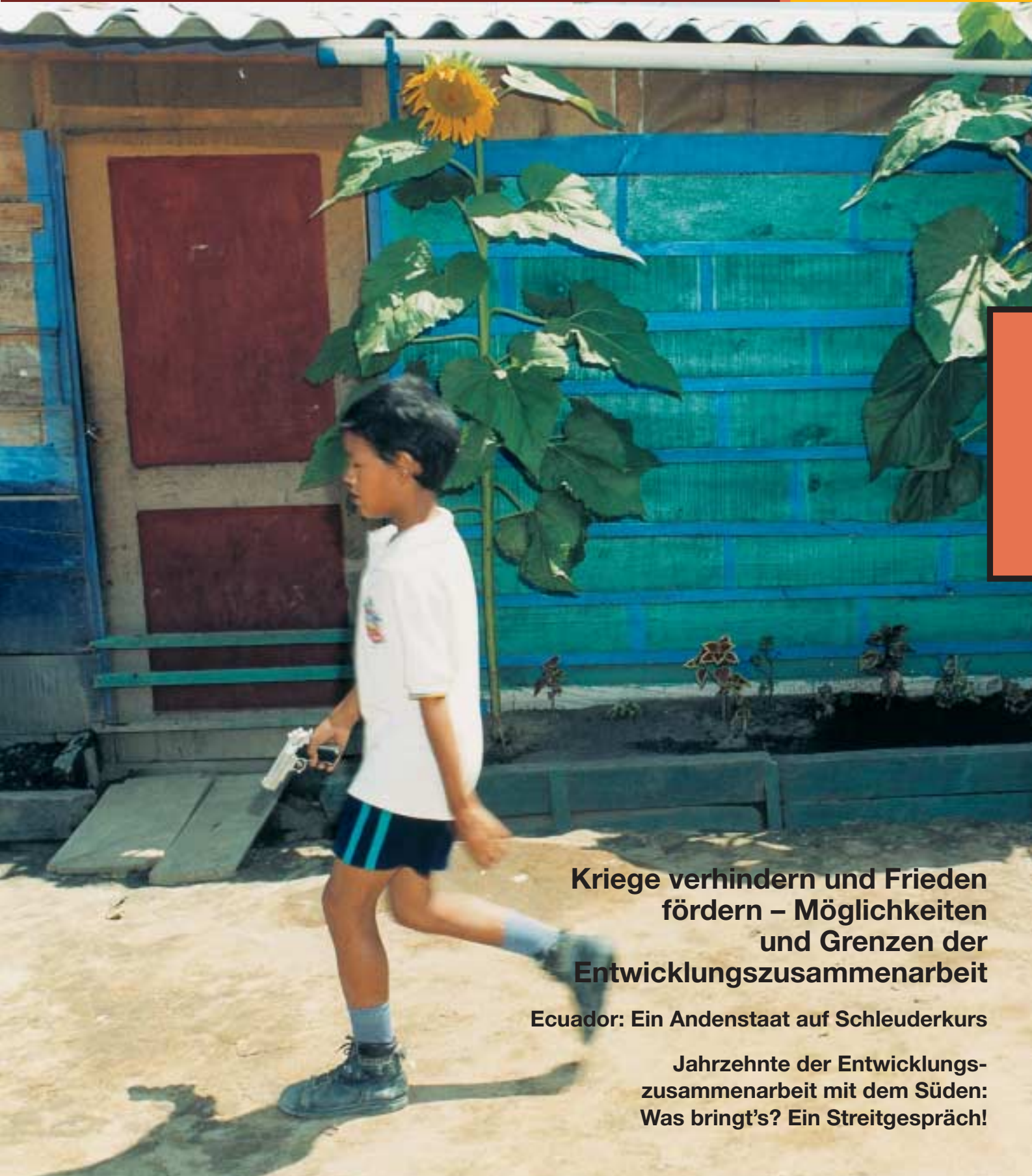


Un seul monde Un solo mondo Eine Welt

NR. 3
SEPTEMBER 2001
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT



**Kriege verhindern und Frieden
fördern – Möglichkeiten
und Grenzen der
Entwicklungszusammenarbeit**

Ecuador: Ein Andenstaat auf Schleuderkurs

**Jahrzehnte der Entwicklungs-
zusammenarbeit mit dem Süden:
Was bringt's? Ein Streitgespräch!**

DOSSIER



FRIEDEN, KONFLIKTE UND ENTWICKLUNG

Der Gewalt den Frieden entgegen stellen

Friedensförderung und Konfliktprävention stehen heute hoch im Kurs, das Thema ist in Mode. Doch dahinter steckt mehr.

6

Ein Fenster der Hoffnung

In Burundi einigten sich die Konfliktparteien auf ein Friedensabkommen, unter anderem mit Unterstützung aus der Schweiz

12

Jungen eine Perspektive schaffen

Ein Interview mit Marika Fahlén. Die schwedische Botschafterin arbeitet seit Jahren in internationalen Organisationen rund um das Thema «Sicherheit und Entwicklung».

14

Dank Wissen mehr Arbeitsplätze

Das DEZA-Engagement in El Salvador für kleinere und mittlere Unternehmen

24

FORUM



Mehr Bescheidenheit und mehr Dialog

Mahaman Tidjani Alou, Politologe aus Niger, und DEZA-Direktor Walter Fust diskutieren über die Wirksamkeit der Zusammenarbeit

26

Carte blanche

Der Filmregisseur und Filmproduzent Samir über eine Reise in den Orient

29

HORIZONTE



ECUADOR

Auf Schleuderkurs unter dem Äquator

Im Andenstaat können mittlerweile vier von fünf Einwohnern ihre Grundbedürfnisse nicht mehr decken. Ein Portrait.

16

«Die Frau mit den Plastikaugen»

Die Ecuadorianerin Martha Moncada über einen Besuch im Hochland ihrer Heimat

20

DEZA

DEZA - Standpunkt

Die am wenigsten entwickelten Länder: Das Elend besteht weiter, die Kluft wird grösser

21

Neue Töne in Kosovos Gefängnissen

Das kosovarische Gefängniskader bildet sich mit Schweizer Unterstützung in der Führung nach internationalen Menschenrechtsstandards weiter

22

KULTUR



Wenn «Bollywood» aus dem Alltag entführt

Die Inder im kulturellen Zwiespalt

30

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich ist... Kohärenz?	25
Service	33
Impressum	35

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.



Wie entsteht Frieden?

Gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Armut und Krieg? Oder nüchterner gefragt, greifen die Menschen, je ärmer sie sind, desto schneller zur Waffe und zielen auf ihre Nachbarn? Warum gibt es Frieden und welches ist das Fundament, auf dem er gebaut ist und gedeihen kann? Über solche und ähnliche Fragen zerbrechen sich weltweit immer mehr Friedens- und Konfliktforscher die Köpfe. Zum Glück! Doch die Antworten sind nie einfach und oft gegensätzlich, denn sowohl Konflikte als auch Frieden lassen sich nicht in eine mathematische Formel pressen.

Und trotzdem spricht das Konfliktbarometer unseres Planeten (siehe Seite 11) eine deutliche Sprache. Im vergangenen Jahr wurden von weltweit zwölf Kriegen – der extremsten Konfliktart, welche die Menschen kennen – acht in Afrika geführt. Die Parallele zur Armut und damit zur Unterentwicklung ist offensichtlich. Von den 49 ärmsten Ländern der Erde liegen 33 in Afrika!

Sind die Meinungen, wie Konflikte verhindert und Frieden gesichert werden können oft sehr unterschiedlich, in einem sind sich alle einig: Sowohl für das eine wie für das andere braucht es Entwicklung und Zusammenarbeit. Und zwar nicht nur zwischen den direkt Beteiligten sondern auch mit Aussenstehenden. Denn auch daran gibt's nichts zu rütteln: In

denjenigen Fällen, in welchen vergangenes Jahr eine einvernehmliche Lösung zwischen den Konfliktparteien gefunden wurde, standen wirkungsvolle Massnahmen sowohl von den Beteiligten selbst als auch von nicht direkt Beteiligten im Mittelpunkt.

Auf die Vermittlerrolle und Friedensförderer von aussen – eine zwar durchaus edle aber wie unser Dossier über Friedensförderung und Konfliktprävention (ab Seite 6) zeigt, doch sehr heikle und schwierige Aufgabe – haben sich vorab die verschiedenen Friedensmissionen der UNO, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und einzelne Länder spezialisiert, zu denen auch die Schweiz gehört. Wie sie den Friedensprozess im kriegsgeplagten Burundi mitgestaltet und mitprägt, und wie sehr die Sicherheit und Stabilität dieses Binnenlandes mit der Entwicklung seiner Nachbarn verknüpft ist, lesen Sie auf Seite 14.

Harry Sivec

Chef Medien und Kommunikation DEZA



Len Siman Photos

Kilimandscharo bald eisfrei?

(bf) Erwärmt sich das Weltklima weiter wie bisher, wird der Kilimandscharo in 15 Jahren eisfrei sein. Seit 1912 sind bereits über 80 Prozent des Gletscherfeldes auf dem höchsten Berg Afrikas weggeschmolzen, davon mindestens ein Drittel im Laufe des vergangenen Jahrzehnts. Der Wissenschaftler Lonnie Thompson von der Ohio State University in Columbus hat in den vergangenen 20 Jahren die empfindlichen Eiskappen der tropischen Berge aller Kontinente untersucht und dabei einen generellen Rückgang der Gletscher und Eisschichten festgestellt. Verschwinden diese, sind die Folgen für Menschen und Umwelt nicht nur in Tansania fatal. Die Eismassen auf den Berggipfeln wirken wie natürliche Wasserspeicher, die während der Regenzeit Schnee sammeln und in der heissen Trockenzeit die Flüsse mit Wasser füllen. Neben der Trinkwasserversorgung werden auch die Landwirtschaft, die Energiegewinnung in Staudämmen und die Tourismusindustrie die Folgen der Erwärmung zu spüren bekommen.

Schwierige Globalisierung!

(bf) Mit dem Verfütterungsverbot von Tiermehl in Europa in Zu-

sammenhang mit dem Rinderwahnsinn, ist die Nachfrage und damit der Preis der Baumwollkörner auf den internationalen Märkten über das Doppelte in die Höhe geschneit, denn die Körner dienen als Tiermehlersatz. Dies hat Auswirkungen bis nach Westafrika. In Benin ziehen es die Baumwollbauern vor, ihre Körner nicht wie bisher an die zwei lokalen Fabriken – sie verarbeiten die Körner zu Viehfutter und zu Ölen – zu liefern, da sie für den Export nach Europa einen ungleich besseren Preis erhalten. Das führte dazu, dass Benins Kornverarbeitungsunternehmen Kurzarbeit einführen mussten – anstatt 200000 Tonnen kriegten sie nurmehr 50000 Tonnen geliefert. Nach landesweiten Protesten hat nun Benins Regierung jeglichen Export von Baumwollkörnern

bewilligungspflichtig gemacht und der lokalen Industrie Mindestmengen versprochen.

Die Welt als Dorf

(bf) Was wäre, wenn auf der Erde, bei gleicher Zusammensetzung, nicht sechs Milliarden, sondern nur 100 Menschen leben würden? Laut Uno-Experten sähe dieses statistische «globale Dorf» folgendermassen aus: 57 Bewohner wären Asiaten, 21 Europäer, 14 Nord- und Südamerikaner und 8 Afrikaner. Die Bevölkerung würde aus 52 Frauen und 48 Männern bestehen. Nur sechs Menschen lebten in schönen grossen Häusern – und sie besäßen 59 Prozent des Vermögens. Acht Leute hingegen lebten in armseligen Behausungen ohne fliessendes Wasser. 50 Dorfbewohner wären unterernährt, 70 könnten weder lesen noch schreiben. Nur einer hätte eine Hochschule besucht, ein einziger besäße einen Computer. Es gäbe 30 Christen, 20 Muslime und sieben Hindus. 43 Menschen würden anderen Religionen angehören – oder keiner. In anderen Worten: Mit einem gefüllten Kühlschrank und einem Dach über dem Kopf ist man reicher als 75 Prozent der Menschheit.

Papierpiraten

(bf) Weder die Biografie von Diego Armando Maradona, noch Harry Potter, und auch die



Siti Pictures



Dürre



Bücher von Arundhati Roy oder des Nobelpreisträgers Gabriel García Márquez sind davor gefeit: Praktisch ausschliesslich in Entwicklungsländern verkaufen sich in riesigen Mengen Piratkopien von Büchern. Alleine in Lateinamerika werden jährlich 50 Milliarden (!) Bücherseiten illegal gedruckt, womit ein Umsatz von 15 Milliarden Franken erzielt wird – andert-halb mal mehr als die offiziellen Buchverleger. Meist bieten flie-

gende Händler die Fälschungen an Strassenecken oder Kreuzungen um einiges billiger an als die Originale. Um dem Raub von geistigem Eigentum und den Schwarzdruckern entgegenzuwirken, überlegen sich vorab in Südamerika mehrere Länder, die Mehrwertsteuer auf den Büchern zu senken und vermehrt öffentliche Bibliotheken einzurichten. Damit würde den Lesern nicht nur gratis sondern auch legal der Zugang zu ihren

bevorzugten Autoren ermöglicht.

Hexenfluch

(bf) Sowohl Frauen als auch Männer üben in Ghana die Hexerei aus. Dennoch sind es nur Frauen, welche als Hexen angeprangert, ausgestossen oder gar gelyncht werden. Ihre männlichen Kollegen hingegen werden gefürchtet und respektiert. Den Frauen werden oft Todesfälle und Krankheiten in ihren Dörfern vorgeworfen – von Meningitis über Cholera bis Malaria. In verschiedenen Hexencamps, die sich vor allem im nördlichen Ghana befinden, leben rund 8000 ausgestossene Frauen. Die meisten sind zwischen 45 und 90 Jahre alt, einige leben seit mehr als 30 Jahren im Exil. Das Gambaga Hexencamp, nördlich der regionalen Hauptstadt Tamale gelegen, wurde bereits im 18. Jahrhundert gegründet. «Doch nun droht»,



sagt Gambaraan, Exorzistin und Hüterin des Camps, «die Zahl der Ausgestossenen ausser Kontrolle zu geraten.» Ghanas Regierung versucht nun mit der Verbesserung von Lebensbedingungen, welche sowohl den Krankheiten als auch den Vorwürfen vorbeugen sollen, die zunehmende Zahl der «Hexen» in den Griff zu kriegen.

Der Gewalt den Frieden



Kosovo 1999, nahe der mazedonischen Grenze

Friedensförderung und Konfliktprävention stehen hoch im Kurs, das Thema ist in Mode. Doch dahinter steckt mehr – nämlich die Erkenntnis, dass für die Besserstellung der Ärmsten menschliche Sicherheit ein entscheidender Faktor ist. Von Gabriela Neuhaus.

entgegenstellen



agenda / Michael Kottmeier

Bis Mitte des 20. Jahrhunderts war Europa ein Pulverfass – zwei Weltkriege wurden hier entfacht, Gewalt und Krieg prägten das Leben der Menschen. Eng damit verknüpft waren der wirtschaftliche Zusammenbruch ganzer Regionen, die Zerstörung von Unterkünften und Infrastruktur, Hunger, Tod. Nach dem 2. Weltkrieg wuchs der Konsens insbesondere in Westeuropa, aber auch in

den USA, dass sich solches Leid und Elend nie mehr wiederholen dürfe. Instrumente und Regeln wurden geschaffen, um ein künftiges Zusammenleben in friedliche Bahnen zu lenken. Kooperation und Verhandlungen führten dazu, dass man sich heute – zumindest in Westeuropa und unter den momentanen Bedingungen – den Ausbruch eines bewaffneten Konflikts kaum mehr vorstellen kann...

Diese Stabilität, die sich auch wirtschaftlich auszahlte, ist allerdings keine sichere Konstante, sie muss immer wieder neu erhandelt werden. «Im Vergleich mit den Problemen, welche die EU-Partner in Brüssel am Verhandlungstisch zu bewältigen haben, sind die Streitpunkte zum Beispiel zwischen Eritrea und Äthiopien klein», sagt der Friedens- und Konfliktpräventionsspezialist Günther Bächler. Aber die Eliten am Horn von Afrika hätten nie gelernt, zu verhandeln, bereits beim geringsten Problem gebe es nur eine «Lösung»: Den Griff zur Waffe. Dies zu ändern, überall dort wo Gewalt eskaliert oder eskalieren könnte, hat sich die internationale Gemeinschaft zur Aufgabe gemacht.

Sicherheit für die Menschen

Die Intervention «von aussen» während oder nach bewaffneten Konflikten ist nichts Neues. Seit dem 2. Weltkrieg haben UNO-Blauhelme in unzähligen Missionen zur Friedenssicherung in Krisengebieten beigetragen. In den letzten Jahren veränderten sich aber sowohl die Konfliktbilder, wie auch die Erkenntnis über den Umgang mit derartigen Situationen. Seit Ende des Kalten Krieges stehen nicht mehr zwischenstaatliche Konflikte im Zentrum, zugenommen haben vor allem innerstaatliche Auseinandersetzungen, Bürgerkriege. Diese sind in der Regel äusserst komplex und stehen oft in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Entsprechend verlangt der Umgang mit diesen Konflikten andere Prioritäten, neue Perspektiven.

«Wenn wir heute von Friedenspolitik sprechen», sagt Peter Maurer, Leiter der Politischen Abteilung IV beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), «geht es nicht mehr in erster Linie um die Sicherheit von Staaten, sondern um die Frage: Wie können wir die Bevölkerung vor Gewalt schützen?» Die UNO fasst dies in der Forderung «Die Menschen zuerst» zusammen. Das heisst, im Vordergrund stehen Frauen und Kinder, Bauern und Arbeiter. Nach Konflikten sind sie oft Hungernde, Vertriebene – Minenfelder und zerstörte Dörfer verschärfen die Situation.

Heute geht es darum, für Menschen in Konflikt-

Frieden und Sicherheit

«Für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes sind Frieden und Sicherheit eine Grundvoraussetzung. Frieden und Sicherheit sind wiederum Konsequenz guter Regierungsführung, die den Aufbau von fähigen und krisenfesten Institutionen zum Ziel haben muss. Mangel an umfassend verstandener menschlicher Sicherheit gilt darüber hinaus als Kernursache für die Zunahme notgedrunger oder erzwungener Migration.»

Aus: Leitgedanken zu COPRET, DEZA 2001



Mazedonien 1999, Röntgenaufnahme von Granatsplitterdurchschüssen

Gewalt und Erinnerung

«Der Ausdruck 'Nach dem Ende der Gewalt' ist zu optimistisch. Wenn nichts gegen die Wurzeln des grundlegenden Konfliktes und der Umwandlung des Konfliktes selbst getan wird, wird die Gewalt wieder kommen sobald die Erinnerung an die Schreckensbilder der letzten Gewalt nicht mehr bewusst, sondern 'nur' noch unbewusst ist. Und so wird 'nach dem Ende der Gewalt' leicht 'vor Ausbruch der Gewalt'.»
Johan Galtung, Friedensforscher (aus: «Konflikttransformation mit friedlichen Mitteln»)

gebieten wieder Schutz und Sicherheit zu schaffen, dadurch Migrationsströme zu verhindern, den Wiederaufbau von Gesellschaften zu ermöglichen. Dieser Anspruch greift viel weiter als das traditionelle Niederschlagen der militärischen Gewalt. Die aktuelle zivile Friedensförderung beinhaltet Aktionen auf verschiedensten Ebenen. Besonders komplex sind dabei Einsätze wie in Timor oder Kosovo, wo die internationalen Organisationen die ganze Verwaltung übernehmen mussten. Um Gewaltkonflikte zu überwinden, müssen die Menschen (wieder) lernen, zusammen zu leben. Dies ist gerade in Bürgerkriegsgesellschaften, wo oft keiner seinem Nachbarn mehr trauen kann, eine grosse und nur langfristig lösbare Aufgabe. Gleichzeitig gilt es, den Staat sowie die notwendigen Infrastrukturen wieder aufzubauen – möglichst nach neuen Kriterien, die der speziellen Situation Rechnung tragen. In Konfliktgebieten wie auf dem Balkan oder in Teilen Afrikas findet man heute ganze «Heerscharen» von Friedensarbeitern in unterschiedlichsten Funktionen, Vertreter von multilateralen Organisationen, internationale Experten, Nichtregierungs-Organisationen... Doch so wichtig die Hilfe von aussen ist, gelingen kann ein

Friedensprozess nur, wenn er professionell angegangen und vor allem von den direkt Betroffenen selber getragen wird.

Heikle Gratwanderung

In der Entwicklungszusammenarbeit waren Friedenssicherung und Konfliktprävention lange kein Thema. Man ging davon aus, dass effiziente und gut geleistete Hilfe für die Ärmsten automatisch zu einer gerechteren und damit sichereren Gesellschaft führen würden. Dass dies ein Trugschluss war, wurde spätestens Mitte der neunziger Jahre klar: Die Auseinandersetzungen zwischen Tutsis und Hutus in Ruanda, welche schliesslich in einen der schlimmsten Genozide der Weltgeschichte ausarteten, wurden nicht zuletzt durch Einflüsse der Entwicklungszusammenarbeit geschürt.

In der Folge wuchs das Bewusstsein, dass der Einsatz von Organisationen aus dem Norden gerade in armen Regionen und Ländern grossen Einfluss auf die Kräfteverhältnisse und das Konfliktpotenzial in den dortigen Gesellschaften habe. Die amerikanische Friedensforscherin Mary B. Anderson untersuchte den Einfluss von humanitären Projekten sowie Entwicklungsprogrammen in verschiedenen



Kambodscha 1992, Abrüstungsverhandlungen zwischen den Roten Khmer und der Uno

Konfliktregionen und publizierte ihre Forschungsergebnisse unter dem Titel «Do no harm» (Richte keinen Schaden an). Anhand von Beispielen zeigt sie, wie die Mittel aus dem Norden sowie die Art und Weise, wie sie an die Bevölkerung gelangen, statt zu helfen, die Situation verschlimmern und konfliktverschärfend wirken können.

«Programme der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit müssen stets solide auf ihre Friedensverträglichkeit hin analysiert werden», verlangt deshalb Thania Paffenholz, Friedensforscherin und Leiterin des KOFF (siehe Kasten). Es gibt aber auch Situationen, in denen die Entwicklungszusammenarbeit durch ihr Engagement für die Ärmsten Konflikte auslösen kann, um beispielsweise langfristige Demokratisierung zu erzielen. «Oft gibt es hier einen Zielkonflikt zwischen kurzfristiger Konfliktregelung und langfristigen Entwicklungszielen», räumt Thania Paffenholz ein.

«Frieden» als roter Faden

Um den Ansprüchen der Konfliktprävention und -bewältigung in der Entwicklungszusammenarbeit besser gerecht werden zu können, hat die DEZA dieses Frühjahr eine eigene Fachsektion für die

Friedensförderung geschaffen. Sie folgt damit einem weltweiten Trend: Sowohl multilaterale Organisationen – etwa die Weltbank mit ihrem Netzwerk «Conflict Prevention Unit» oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit der «Task Force on Conflict, Peace and Development Cooperation» – wie auch zahlreiche Geberländer, haben in den letzten Jahren die Friedensarbeit in ihren Entwicklungsprogrammen zu einem wichtigen Thema gemacht. Forschungsprogramme liefern zudem aus verschiedenen Konfliktregionen immer wieder neue Erkenntnisse im Zusammenhang mit Entwicklung und Konfliktbewältigung.

«Konzeptionell ist man heute bereits weit – nun geht es darum, das Wissen umzusetzen», fasst Thania Paffenholz den momentanen Stand der Dinge zusammen. Günther Bächler, Leiter der neuen DEZA-Sektion für Konfliktprävention und -bewältigung COPRET, sieht den Handlungsbedarf für seine Abteilung in zwei Richtungen: Die Friedensverträglichkeits-Analyse sei für Entwicklungsprogramme nicht nur wichtig, um gefährliche Fehlentwicklungen zu verhindern, sondern vor allem, um gezielter als bisher die Entwicklungs-

Konfliktphasen

«Ein Konflikt kann aus drei aufeinander folgenden Phasen bestehen: vor der Anwendung von Gewalt, während Gewaltanwendung und danach. Diese Phasen können durch den Ausbruch von Gewalt und einer Waffenruhe getrennt sein. Dies heisst nicht, dass Gewalt unvermeidbar oder dass Konflikt gleich Gewalt und Zerstörung ist.» Johan Galtung, Friedensforscher (aus: «Konflikttransformation mit friedlichen Mitteln»)

Frieden und Ursachen

«Der Begriff Frieden verweist auf die Fähigkeit einer Gesellschaft, ihre sozialen und politischen Konflikte unter Mitwirkung aller Beteiligten auf der Basis von Gleichberechtigung, Partizipation und gegenseitiger Anerkennung auszuhandeln, an ihren Ursachen zu arbeiten und sie einer Konsenslösung zuzuführen.»

Aus: *Allianzen für den Frieden*, Caritas-Verlag 2000

Bookmarks

Die Schweizerische Friedensstiftung mit Informationen und Links zu zahlreichen Forschungsprojekten und Organisationen im Bereich Friedenssicherung und Konfliktprävention:

www.swisspeace.ch/

Das renommierte Heidelberger Institut für Konfliktforschung HIIK:

www.hiik.de

Das International Security Network mit umfassendem Informationsforum zum Thema – Schweizer Beitrag zu Partnership for Peace:

www.isn.ethz.ch

Die Friedens- und Sicherheitspolitik des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (Übersicht):

www.eda.admin.ch/eda/g/home/foreign/secpe.html

Das War Torn Society Project mit praxisorientiertem Forschungsprojekt zum Wiederaufbau von Gesellschaften nach Konflikten:

www.unrisd.org/wsp/

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa:

www.osce.org/

UNO-Homepage zu Frieden und Sicherheit:

www.un.org/peace/peace.txt.htm



Oliver Tjaden / iaf

Zaire/Ruanda 1996, Hutu-Flüchtlinge kehren nach Ruanda zurück

zusammenarbeit auch als friedenssicherndes und stabilisierendes Instrument einzusetzen. Dabei sollen Aspekte der Konfliktprävention möglichst in alle Länderprogramme mit einfließen. Die DEZA stellt ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entsprechende Ausbildungsangebote zur Verfügung.

«Viel ist bereits vorhanden», sagt Günther Bächler nach einer ersten Bestandesaufnahme, «die DEZA hat in den letzten Jahren in verschiedenen Bereichen der Konfliktbearbeitung bereits Kapazitäten aufgebaut. Nun geht es darum, diese Aktivitäten zu bündeln und in den Programmen einen systematischen Bezug zur Friedensförderung herzustellen.»

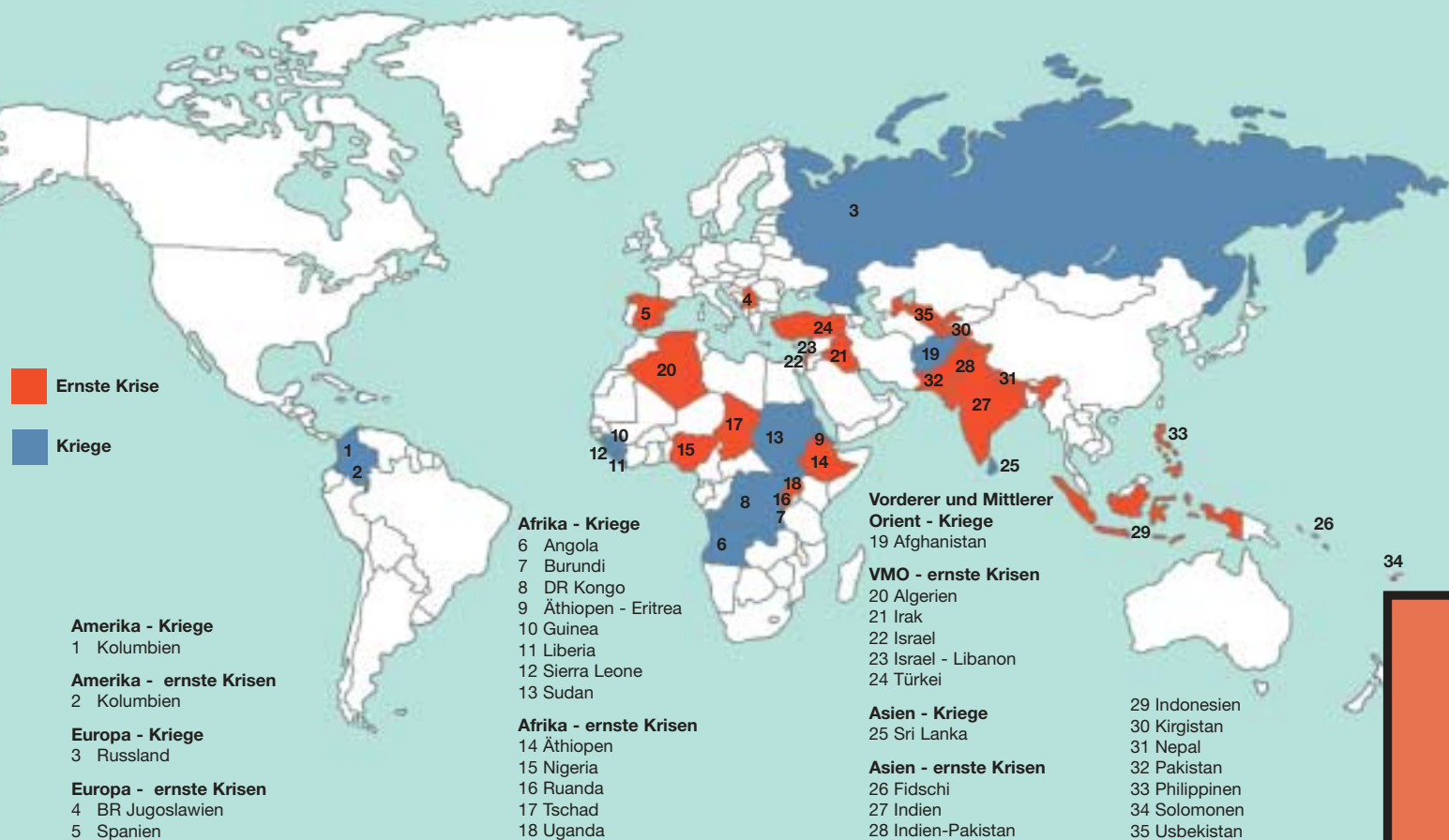
Erste Projekte und Vernetzung

Schwerpunkte der Aktivitäten von COPRET liegen im Moment in Afrika (Ruanda, Angola, Mosambik), in Ecuador (siehe auch Horizonte auf Seite 16), wo das ganze Landesprogramm auf die Friedensförderung hin ausgerichtet werden soll sowie in Zentralasien, wo das bisher einzige eigentliche Konfliktpräventions-Projekt der DEZA bereits erste Erfolge zeigt: Im Ferghana-Tal, im Grenzgebiet von Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan, diskutieren Dorfgemeinschaften verschiedener Ethnien, zusammen mit lokalen Nichtregierungs-Organisationen, über das in dieser Region äusserst heikle Thema Wasserversorgung (siehe Eine Welt Nr. 1/2000).

DEZA-intern haben die Koordinationsbüros in

den verschiedenen Regionen zudem die Aufgabe, jährlich (in Krisenregionen häufiger) ein entwicklungspolitisches Umweltmonitoring zu machen. Dies ist ein Bericht über die aktuelle Situation im Einsatzland und soll helfen, Konfliktpotenzial möglichst früh zu erkennen. Zusammen mit der Schweizerischen Friedensstiftung arbeitet man zudem an einer Verfeinerung des bereits seit 1998 existierenden Konflikt-Früherkennungssystems FAST. Dieses liefert vierteljährlich Berichte aus politisch instabilen Regionen, in denen die DEZA aktiv ist. Prävention und Früherkennung sind im Bereich der Friedensarbeit von besonderer Bedeutung: Je früher ein Konflikt erkannt und entsprechend angegangen werden kann, desto grösser die Chance, dass es nicht zu einem Gewaltausbruch kommt. Und je eher die Menschen lernen, dass Konflikte auch anders als mit Gewalt gelöst werden können, desto besser werden die Voraussetzungen für eine friedlichere und gerechtere Welt. Die Vision von Günther Bächler: «Wir müssen die Konfliktfestigkeit und Frustrationstoleranz der Menschen stärken. Die Menschen müssen eine neue Streitkultur erlernen, dies braucht viel Zeit. Auch wir in Europa haben Jahrhunderte gebraucht – aber wir haben es geschafft.» ■

Weltkarte gewaltsamer Konflikte



Friedensaktivitäten der Schweiz

Die Schweiz verstärkt ihre friedenspolitischen Bemühungen nicht nur in der Entwicklungszusammenarbeit: Um im Rahmen internationaler Friedenseinsätze schneller und effizienter reagieren zu können, wird zurzeit der Expertenpool von Fachleuten, die sich für Friedenseinsätze zur Verfügung stellen, bei der Politischen Abteilung IV zentralisiert, aufgestockt und professionalisiert. Ziel ist es, im Schnitt 100 Schweizer und Schweizerinnen bei internationalen Organisationen im zivilen Friedenseinsatz zu haben. Im Frühjahr 2001 wurde zudem ein Botschafter für Konfliktbearbeitung ernannt, der bei akuten Krisen weltweit flexibel zum Einsatz kommt. Thematisch setzt sich die Schweiz vor allem in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Fragen der Dezentralisierung/ Machtteilung ein, in der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie im Bereich der Vergangenheitsbewältigung (internationaler Strafgerichtshof, Wahrheitskommissionen, Traumabewältigung etc.).

Das Kompetenzzentrum Friedensförderung (KOFF)

«Die Schweiz ist ein Kleinstaat, der dank seiner besonderen Position in der Friedensarbeit eine grosse Rolle spielen kann», sagt Friedensforscherin Thania Paffenholz. Sie leitet das im März dieses Jahres gegründete Kompetenzzentrum Friedensförderung KOFF. Ziel von KOFF ist es, die konstruktive Rolle der Schweiz bei der Regelung internationaler Konflikte zu unterstützen. Das Kompetenzzentrum, welches vom EDA sowie von verschiedenen schweizerischen Hilfsorganisationen (NGOs) getragen wird und bei der Friedensstiftung in Bern angesiedelt ist, soll Synergien zwischen staatlichen und nichtstaatlichen, nationalen und internationalen Akteuren im Bereich Friedensförderung schaffen. Dabei dient es als Think tank, stellt Experten zur Verfügung, unterhält eine umfassende Datenbank im Bereich der Friedensarbeit und gewährt aktive Vernetzung mit anderen Institutionen in diesem Bereich. Im Rahmen von KOFF gibt es auch eine Arbeitsgruppe «Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung», welche u.a. zum Ziel hat, mit Hilfe einer Dokumentation über «gemachte Erfahrungen» die Bedürfnisse einer «konfliktsensiblen Entwicklungszusammenarbeit» abzuklären.

Ein Fenster der Hoffnung

28 Monate dauerten die zähen Verhandlungen zwischen den verschiedenen Konfliktparteien in Burundi. Sie endeten im August letzten Jahres mit einem Friedensabkommen, das aber bis heute nicht in Kraft ist. Trotzdem bleibt der Schweizer Politologe Julian Hottinger optimistisch.

(gn) Oft wurde geschrien, geflucht und man machte den Verhandlungsleitern die Hölle heiss. An manchen Tagen dauerten die Sitzungen 12 bis 18 Stunden – anwesend waren jeweils rund 70 Leute. Diese vertraten 17 (später 19) verschiedene Interessengruppen, die je um ihre künftige Position in Burundi kämpften. Anfänglich mochte keine der einstigen Kriegsparteien eine andere anerkennen, geschweige denn respektieren oder ihr gar zuhören.

«Wir gingen durch 750 Stunden Plenarversammlung, etwas vom Härtesten, das ich je mitgemacht habe», fasst der Schweizer Politologe und Mediator Julian Hottinger zusammen. Er leitete, zusammen mit dem Südafrikaner Nicholas Haysom, eine von vier Kommissionen, welche in 28monatigem Ringen und Verhandeln einen Friedensvertrag für Burundi erarbeiteten. Die Aufgabe von Hottingers Kommission war, im Bereich «Demokratie und gute Staatsführung» nach Umsetzungsformen zu

suchen, welche auf Burundi zugeschnitten und entsprechend realisierbar und akzeptabel sein würden.

Angefangen hatte das Schweizer Engagement im Friedensprozess für Burundi mit einem Workshop, den das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) zusammen mit dem Institut für Föderalismus der Universität Freiburg und zwei schweizerischen Nichtregierungs-Organisationen im Frühjahr 1998 organisierte. Vertreter von allen Konfliktparteien in Burundi (inklusive Regierung und Parlament) wurden nach Murten eingeladen, wo sie sich erstmals gemeinsam an den gleichen Tisch setzten.

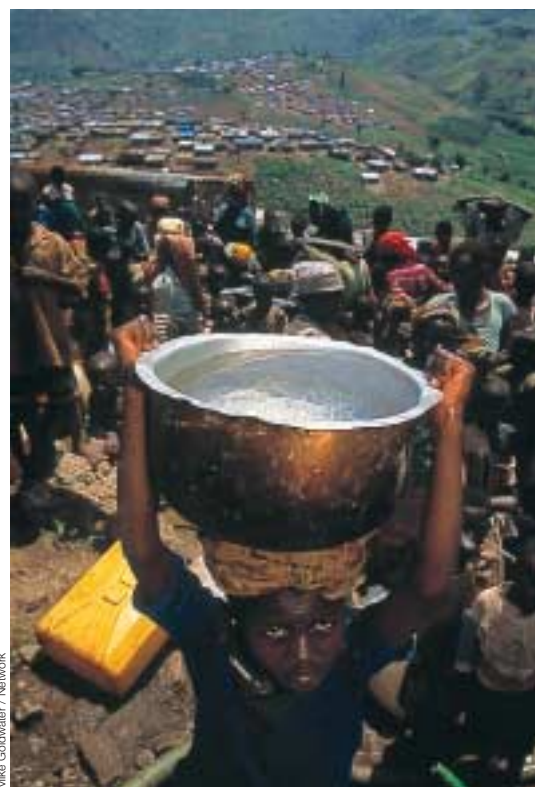
Schwierige Verhandlungen

Damals ging es noch nicht um Friedensverhandlungen – die Parteien waren viel zu zerstritten, als dass man das Thema hätte direkt angehen können. Doch ein erster Schritt war getan: Wenn auch auf akademischer Ebene, so hatten sich die Akteure doch gemeinsam über Friedens- und Konfliktbewältigungsmodelle unterhalten. «Man hat uns oft gefragt: Weshalb gerade Burundi?», erinnert sich Julian Hottinger, «uns ging es darum, ein Fenster der Hoffnung zu schaffen: Damals glaubten wir, ein Friedensabkommen in Burundi läge in Reichweite und könnte sich positiv auf die schwierige Situation in dieser Region auswirken.» Bald zeigte sich, dass der Weg zur Konfliktbewältigung in Burundi wesentlich steiniger war, als ursprünglich angenommen. Im Sommer 1998 wurden die Verhandlungen offiziell aufgenommen – unter der Leitung des charismatischen tansanischen Ex-Präsidenten Julius Nyerere und mit Unterstützung von Verhandlungsexperten aus Afrika, Kanada und Europa. Bereits vor Nyereres Tod im Herbst 1999 stockte der Prozess aber immer wieder, drohte gar abzubrechen. Bis Nelson Mandela als neuer Verhandlungsleiter die Parteien in Burundi zur Vernunft mahnte und dem Prozess neuen Schub verlieh.

In der Zwischenzeit waren die Plenarverhandlungen abgeschlossen, die Delegierten in Hottingers Kommission arbeiteten in verschiedenen Arbeitsgruppen an den Inhalten für das Friedensabkommen. Die ausländischen Mediatoren über-

Binnenland Burundi

Mit rund 28000 Quadratkilometern Fläche und einer Bevölkerung von sechs Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern gehört Burundi zu den kleinsten und am dichtesten besiedelten Ländern Afrikas. Über 90 Prozent der Bevölkerung lebt von Subsistenz-Wirtschaft – Ressourcenknappheit und Armut sind wichtige Faktoren, die dem ethnischen Konflikt, der in den neunziger Jahren gewalttätig zum Ausbruch kam, zugrunde liegen. Die Bevölkerung setzt sich aus drei ethnischen Gruppen zusammen: Die Twa (1%) sind weitgehend marginalisiert, während die Tutsi (14%) und die Hutu (85%) immer wieder um die Macht im Staat kämpften. Mit dem Friedensvertrag von Arusha hofft man nun, die Grundlage für einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen geschaffen zu haben.



Mike Godwater / Netwerk



Mike Goldwater / Network

«Ich glaube nicht, dass man Modelle exportieren kann. Wir können schauen, wie anderswo Konflikte gelöst worden sind, wir können daraus vielleicht gewisse Lehren ziehen. Doch einfach das Schweizer Demokratie-modell zu nehmen, um Burundis Probleme zu lösen, würde niemals funktionieren.»

Julian Hottinger, Politologe und Mediator

liessen dabei das Ringen um Konsens möglichst den direkt Betroffenen. Die konstruktive Zusammenarbeit mit den einstigen Gegnern war für die burundischen Verhandlungsteilnehmer ein weiterer, wichtiger Schritt in Richtung Konfliktbewältigung. «Keine Partei geht unversehrt durch einen derartigen Prozess», sagt Julian Hottinger.

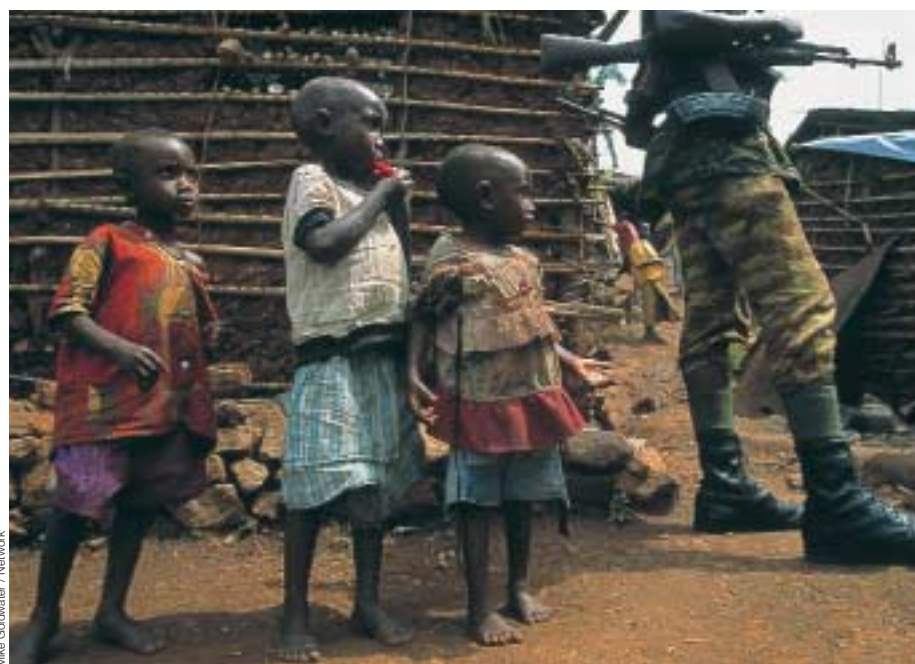
Gebremste Hoffnungen

Das Friedensabkommen von Arusha, welches schliesslich Ende August 2000 von allen Verhandlungsparteien unterzeichnet wurde, sei denn auch viel mehr, als blosser Friedensvertrag. Mit diesem 470 Seiten dicken Werk verfügt die Bevölkerung von Burundi erstmals über ein Dokument, in dem sie ihre eigenen Visionen für die Zukunft des Landes festhält. Weil die Parteien selber das Abkommen erarbeitet haben, ist Julian Hottinger optimistisch, dass es auch umgesetzt wird. Dies, obwohl es zurzeit nicht danach aussieht. Der Grund: bis heute widersetzen sich zwei Splittergruppen dem Abkommen und sorgen immer wieder für Angst, Verwüstung und Tod im Land. Das Agieren der beiden Gruppierungen wirft ein Licht auf die äusserst komplexe Situation in der Region: Die Rebellen sind schwer bewaffnet, da sie durch ihre Verbindungen zum Kriegsgeschehen im Nachbarland Kongo entsprechend ausgerüstet sind.

Hier wird augenfällig, wie eng Sicherheit und Stabilität im kleinen Binnenland Burundi mit der Entwicklung in den Nachbarstaaten Ruanda, Uganda und der Demokratischen Republik Kongo verknüpft sind. So gesehen ist das Friedensabkommen von Arusha ein Mosaikstein, der Teil einer Befriedung der ganzen Region sein könnte. Doch solange sich die beiden noch aktiven Rebellengruppen nicht dem Abkommen unterstellen, kann die Entwicklung in Burundi nicht weiter gehen, denn ohne Umsetzung des Friedensabkommens sind weder ein längerfristiger

Aufbau des Landes noch nachhaltige Entwicklungsarbeit möglich.

Die Geberländer (auch die Schweiz) haben im Dezember 2000 für die Umsetzung des Friedensvertrags, den Wiederaufbau und die Entwicklung in Burundi Gelder in der Höhe von 440 Millionen US-Dollar in Aussicht gestellt. Dies sei eine gute Ausgangslage, sagt Julian Hottinger. Obschon momentan alles blockiert scheint, ist er überzeugt, dass Burundi den Schritt schaffen wird: «Hier hat jeder gelitten – niemand wurde verschont. Im Rahmen des Friedensprozesses haben sich die Menschen in Burundi gemeinsam Gedanken über ihre Zukunft gemacht. Und wo eine Gesellschaft anfängt, sich mit der Zukunft zu befassen, da ist Hoffnung.» ■



Mike Goldwater / Network

Jungen eine Perspektive schaffen

Im Bereich Friedenssicherung und Konfliktprävention arbeiten zahlreiche Organisationen und Experten auf verschiedensten Ebenen. Die schwedische Botschafterin Marika Fahlén befasst sich u.a. im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit dem Thema «Sicherheit und Entwicklung». Interview: Gabriela Neuhaus.

Marika Fahlén ist Botschafterin für Humanitäre Belange (Humanitarian Affairs) im schwedischen Außenministerium. Erfahrungen im Bereich Entwicklung und humanitäre Arbeit sammelte sie u.a. beim Roten Kreuz, bei der UNO-Entwicklungsorganisation UNDP und beim UNHCR (UNO-Flüchtlingsorganisation). Von 1998 bis Frühjahr 2001 war Marika Fahlén Vorsitzende der Task Force «Conflict, Peace and Development Assistance Committee», die für die OECD-Entwicklungsabteilung «Development Cooperation Directorate», kurz DAC, Leitlinien im Bereich Friedenssicherung und Entwicklung erarbeitete. Ende April wurden der zusammenfassende Report «Hilfe für die Vorbeugung von gewaltsamen Konflikten» (Helping prevent violent conflict) von den Mitgliedern des DAC verabschiedet, gleichzeitig ging der Vorsitz der Task Force, in der auch die Schweiz ein aktives Mitglied ist, an Italien über.



Peter Stäger

Kolumbien 2000

Wie definieren Sie «Frieden», und wie haben sich die Ansprüche an die Friedenssicherung in den letzten Jahren entwickelt?

Marika Fahlén: Frieden heisst, dass Bürger und Bürgerinnen einen zuverlässigen Schutz vor Gewalt, physischer Bedrohung und Angst geniessen. In diesem Sinn ist Frieden viel mehr, als bloss Abwesenheit von Krieg. Frieden läuft Gefahr, kurzlebig zu sein, wenn er es nicht schafft, der betroffenen Bevölkerung Vertrauen in die Herrschaft des Gesetzes zu geben, in Sicherheit und Schutz und in erneuerte Entwicklungsmöglichkeiten. Frieden ist eine Voraussetzung für Entwicklung, aber er ist kein Synonym für «Nach-Krieg». Es braucht Zeit, um das komplexe Netz von Faktoren, welche Gewalt bewirken, in den Griff zu bekommen. Frieden ist nicht nur ein Ereignis, sondern auch ein Prozess, in dem Recht, Regierungsführung und Entwicklung beweisen

müssen, dass sie alle hineinpassen. Die Dimensionen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung sind so wichtig, dass sie in künftige Friedensabkommen klarer eingebracht werden müssen.

Wie würden Sie die heutigen gewaltsamen Konflikte charakterisieren?

Die politischen Motive kriegführender Parteien sind unklar und manchmal scheinbar inexistent. Die Brutalität hat unglaublich zugenommen, allzu oft finden wir heute Terror als Methode einer anarchistischen Kriegsführung. Der gewaltsame Konflikt ist sogar zu einem Geschäft geworden. Gestützt auf Naturressourcen wie Diamanten und Holz, oder auf Produkte wie Drogen und Kleinwaffen, hat sich eine irreguläre Wirtschaft entwickelt, welche diese gewaltsamen Konflikte sowohl schürt, wie auch zum Kriegsgrund wird. Wenn die Entwicklung nicht wieder in die richti-

gen Bahnen gelenkt, und der Staat seine auf demokratische Regierungsführung basierende Leistungsfähigkeit nicht wieder herstellen kann, wird es sehr schwierig, Frieden herzustellen. Dies ist eine Herausforderung, doch wenn man die Dynamik eines gewaltsamen Konflikts, die Logik der involvierten Akteure und die Wahrnehmung der Opfer nicht verstehen und nicht ansprechen kann, riskiert man, gegen die Interessen von Frieden, Humanität und Entwicklung anzurennen.

Weshalb haben Friedenssicherung und Konfliktprävention in der Entwicklungszusammenarbeit einen zunehmend wichtigeren Stellenwert?

Wir müssen, angesichts der unbeständigen Situationen, in denen Hilfe gefragt ist, die Ansätze und Instrumente anpassen, um den neuen Bedürfnissen und Möglichkeiten zur Friedensbildung gerecht zu werden. Gleichzeitig muss man aber in der Lage sein, die darin enthaltenen Risiken richtig einzuschätzen. Die Arbeit der DAC (siehe Randspalte) hat sich sowohl mit den Risiken wie mit den Möglichkeiten von Hilfe auseinandergesetzt. Wir haben Leitlinien entwickelt, Fallstudien gemacht, thematische Überprüfungen vorgenommen. Zudem wurden informelle Konsultationen mit Vertretern aus zahlreichen konfliktgeplagten Entwicklungsländern in Afrika, Lateinamerika und Asien abgehalten. Jetzt kommt der DAC-Prozess in eine neue Phase: nun müssen die Leitlinien in der Praxis geprüft werden.

Wie weit sind Entwicklung und Friedenssicherung miteinander verknüpft oder anders gefragt: Gibt es einen Zusammenhang zwischen Armut und Krieg?

Der Zusammenhang zwischen Armut und Konflikt ist nicht gradlinig. Die Aussage, Armut sei der Grund für Konflikte, ist zu vereinfachend. Arme Menschen sind selten Anstifter von gewaltsamen Konflikten, mit Sicherheit aber sind sie es, die für das Leiden, welches durch solche Konflikte ausgelöst wird, bezahlen. Fest steht, dass ein Konflikt Verarmung nach sich zieht, Entwicklungsmöglichkeiten zerstört und Gesellschaften durcheinander schüttelt. Entscheidend ist die Struktur von Armut, wie weit Menschen infolge ethnischer oder geografischer Klassifizierungen ausgeschlossen werden, wie gross Ungerechtigkeit und erlittene Benachteiligungen sind. Als Schlüsseigenschaften, die zu einem erhöhten Konfliktrisiko führen, wurden mangelnder Zugang zu Erziehung und Arbeitsmarkt, kombiniert mit einer rückgängigen Wirtschaft infolge der Abhängigkeit von einzelnen Exportgütern, identifi-

ziert. Entwicklungsakteure sollten aufmerksamer beobachten, wie junge Menschen mit ihren Frustrationen über fehlende Entfaltungsmöglichkeiten umgehen und ein Umfeld fördern, welches Zukunftsperspektiven für die Jungen enthält.



Kambodscha 1992

Was ist die Rolle der internationalen Gemeinschaft und ihrer Experten im Friedensprozess?

Jede Bedrohung von Frieden und Sicherheit, insbesondere der menschlichen Sicherheit, beschäftigt die Internationale Gemeinschaft. Die breite Palette von Instrumenten, die eingesetzt werden, um diesen Situationen zu begegnen, werden immer besser miteinander vernetzt; sei dies in der UNO, in der EU oder in nationalen Verwaltungen. Die DAC hat hervorgehoben, dass es eine klarere Kohärenz zwischen den verschiedenen Bereichen braucht, von der humanitären Hilfe über die Menschenrechte bis zur Diplomatie, dem Handel und der Entwicklungszusammenarbeit. Gleichzeitig müssen wir aufpassen, dass humanitäre Verantwortung nicht politisiert wird, oder politische und militärische Aktionen als humanitär bezeichnet werden. Auch mit einer genauen Charakterisierung der einzelnen Aufgabenbereiche, können wir eine gemeinsame Vision anstreben gemeinsame Ziele und besseres gegenseitiges Verstehen. ■

(Aus dem Englischen)

Bookmarks

Der DAC-Report «Helping prevent violent conflict»:
www.oecd.org/dac/html/conf.htm

Die OECD-Entwicklungsabteilung:
www.oecd.org/dac/



Gonzalez / lat 17



Auf Schleuderkurs unter dem Äquator

Die Schuldenspirale, eine galoppierende Inflation und die Dollarisierung drohen Ecuador, das Land am Äquator, zu erdrücken. Vier von fünf Einwohnern – allen voran die Indigenas – können mittlerweile ihre Grundbedürfnisse nicht mehr decken. Internationalem Druck, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, steht eine verarmte Bevölkerung entgegen, die immer lauter nach einer menschenwürdigen Sozialpolitik ruft. Von Michèle Laubscher*.

Keystone



März 2000 auf dem Altstadtmarkt in Ecuadors Hauptstadt Quito. In einigen Tagen soll die Landeswährung Sucre durch den US-Dollar ersetzt werden – eine Aussicht, die Markthändler wie Kundschaft in helle Aufregung versetzt. «Kommt mir bloss nicht mit dem Dollar! Ich will nichts davon wissen», schimpft der Getränkeverkäufer Gonzalo und rechnet vor: «Ich verkaufe ein Glas Fruchtsaft für 4000 Sucres. Das sind umgerechnet 16 Cents. Doch die kleinste US-Münze ist zehn Cents wert. Was soll ich nun tun? Den Preis auf zehn Cents heruntersetzen kann ich nicht, sonst hab ich nur Verluste. Also erhöhe ich ihn auf 20 Cents, oder umgerechnet 5000 Sucres. So wird es überall sein, die Preise werden steigen. Der Dollar wird nur Probleme bringen.»

Über ein Jahr nach der Einführung des US-Dollars als offizielle Landeswährung in Ecuador zeigt sich, dass Gonzalos Befürchtungen berechtigt waren. Die Dollarisierung sollte eine Reihe von Problemen lösen: Die galoppierende Inflation bremsen, die Preise stabilisieren, das verlorene Vertrauen der internationalen Investoren und Gläubiger zurückgewinnen. Doch nichts dergleichen geschah. Die Inflation erreichte im vergangenen Jahr sagenhafte 91 Prozent, und das Ziel, sie heuer bei 30 Prozent zu halten, ist bereits unerreichbar geworden. Die ausländischen Investoren warten weiterhin zu, und die Gläubiger sind alles andere als beruhigt. Schlimmer noch: Die Dollarisierung treibt Ecuador noch tiefer in die Schul-

denspirale. Das Land kann nicht selber Dollars drucken und muss daher nicht nur für den Schuldendienst Devisen beschaffen, sondern auch noch für den internen Geldverkehr – ohne neue Schulden geht das heute nicht.

Wer kann, setzt sich ab

Die Gründe für diese Situation reichen weit zurück. Ecuadors Geschichte ist seit seiner Gründung 1830 geprägt von Diktaturen, Armeerebellionen, Konflikten mit Peru, inneren regionalen Spannungen und immer neuen Staatskrisen. Die wenigen sozialen Besserungen, die mit den Erdöleinnahmen in den siebziger Jahren einhergingen, waren von kurzer Dauer.

«Man spricht normalerweise von den achtziger Jahren als dem verlorenen Jahrzehnt Lateinamerikas. Im Falle Ecuadors muss man die neunziger Jahre mitrechnen», sagt Michael Ayala Woodcock, lokaler Chef der UNO-Entwicklungsagentur UNDP, und erwähnt die vom Klimaphänomen «El Niño» verursachten Dürren und heftigen Regenfälle, die sinkenden Weltmarktpreise für die Hauptexportprodukte Erdöl, Bananen und Kaffee sowie den Grenzkrieg mit Peru. Ecuador verschuldete sich weiter, das Geld floss in den Schuldendienst und in die schwarzen Löcher der Korruption. Über eine Milliarde US-Dollar spritzte der Staat allein in marode Privatbanken. Das Land wurde von einer korrupten Politikerkaste in den Ruin geritten. Die internationalen Schulden von elf Milliarden US-Dollar entsprechen praktisch dem Bruttoinlandprodukt, die Zinszahlungen machen fast die Hälfte der Staatsausgaben aus. Hinter diesem Schuldenberg verbirgt sich nacktes Elend. 80 Prozent von den 12,5 Millionen Einwohnern können ihre Grundbedürfnisse nicht decken. Jeder zweite muss mit weniger als einem



Gonzalez / lat (4)

Dollar pro Tag durchkommen. Die internationalen Kredite wurden nicht sozial investiert, jeder für den Schuldendienst bezahlte Dollar fehlt im Bildungssystem, im Gesundheitswesen, in der Altersvorsorge. Wer kann, setzt sich ab. 3,3 Millionen Ecuadorianer leben im Ausland. Für die Zurückgebliebenen wird der Überlebenskampf immer härter.

Die Folgen sieht der Arzt Carlos Rojas in der Umgebung der Stadt Ambato im Zentrum Ecuadors: «Auf 100 000 Einwohner haben wir hier rund 500 Tuberkulose-Fälle – mehr als in Haiti oder Zentralafrika. Vermeidbare Krankheiten wie Durchfall und Atemweg-Infektionen sind nicht in den Griff zu bekommen, weil die sanitärischen Einrichtungen fehlen. 70 Prozent der Kinder sind unterernährt. Ausserhalb der Stadt kommt ein Arzt auf 26 000 Einwohner. Wir sind auf dem Weg zurück zu Zuständen, wie sie vor 30 oder 40 Jahren herrschten.» Gab der Staat vor 20 Jahren noch 15 Prozent seines Budgets für das Gesundheitswesen aus, sind es heute keine drei Prozent mehr.

Parteien zerstört haben. Die CONAIE konzentrierte sich zuerst erfolgreich auf ethnische Anliegen und stellte sie später in einen breiteren sozialen und politischen Kontext. Mit ihrem anti-neoliberalen Kurs stösst sie bei der Bevölkerung auf offene Ohren; ihre Aufrufe zu Strassenblockaden, Generalstreiks und Massenkundgebungen werden regelmässig befolgt.

Internationaler Druck

So entstand in den vergangenen Jahren immer wieder genug Druck, um die von den internationalen Gläubigern und Investoren geforderten Massnahmen abzuwenden oder wenigstens abzufedern. Jüngstes Beispiel ist der Aufstand vom vergangenen Februar: Die Regierung musste von einem grossen Teil der Preiserhöhungen für Gas, Treibstoff und für den öffentlichen Transport absehen.

Die Dollarisierung hingegen konnten die von der CONAIE angeführten Proteste nicht verhindern. Sie gipfelten zwar im Januar 2000 im Putsch gegen den damaligen Präsidenten Jamil Mahuad, doch sein Nachfolger, Vizepräsident Gustavo Noboa, führte Mahuads Pläne zu Ende.

Noboas Regierung steckt derzeit in der Klemme. Die Gläubiger, allen voran der Internationale Währungsfonds IWF, halten ihren Druck aufrecht und fordern radikale Massnahmen, um den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und Ecuador wieder zahlungsfähig zu machen. Ohne diese Massnahmen gibt es keine Verhandlungen mit dem Pariser Klub, keine Finanzspritzen oder Garantien des IWF, keine neuen Anleihen, um die Dollarisierung aufrechtzuerhalten. Doch Privatisierungen, Streichungen von Subventionen und Einsparungen lassen sich nicht durchsetzen gegen den Widerstand einer Bevölkerung, die immer lauter nach einer echten Sozialpolitik und einer anderen Wirtschaftspolitik ruft. Ob die Regierung Noboa einen dritten Weg findet, weiss derzeit niemand. Sicher ist nur, sie müsste ihn schnell finden. Sehr schnell. ■

**Michèle Laubscher lebt seit mehreren Jahren in Lateinamerika, wo sie – mit Wohnsitz Buenos Aires – als freie Journalistin arbeitet.*



Keystone

Das Ding im Alltag Der US-Dime

Nichts hat die ecuadorianische Bevölkerung im vergangenen Jahr so sehr beschäftigt wie der Dime, die 10-Cents-Münze der USA. Die kleinste Einheit der neuen Währung hat die Mikro-Ökonomie durcheinandergebracht, weil sie der Feineinstellung der Preise ein Ende setzte. Für Menschen, die mit weniger als einem Dollar oder 25 000 Sucres im Tag leben müssen, ist der Unterschied zwischen 1000 und 2500 Sucres gross. Doch für weniger als 2500 Sucres ist heute nichts mehr zu haben.

Diskriminierung der Indigenas

Am schlimmsten, sagt Rojas, stehe es um die junge Bevölkerung: «Nicht nur Gewalt und Alkoholismus nehmen zu. Der Selbstmord ist heute bei 15- bis 35jährigen Frauen die häufigste Todesursache und die zweithäufigste bei den gleichaltrigen Männern. Sie haben so wenig Horizont, so wenig Perspektiven. Was ich hier sehe, ist ein Ethnozid.» Rojas spricht von Ethnozid, dem Mord an einer ethnischen Gruppe, weil in dieser Region hauptsächlich Indigenas leben. Sie machen landesweit, je nach Schätzung, einen Drittel bis knapp die Hälfte der Bevölkerung aus. Zwar hält die Verfassung fest, Ecuador sei eine plurikulturelle Nation, und garantiert das Recht auf zweisprachigen Unterricht. Im Alltag aber werden die Indigenas nach wie vor diskriminiert – auf dem Arbeitsmarkt, in den Spitälern, in den Schulen.

Die offizielle Anerkennung der Indigenas und ihrer Kultur geht auf das Konto von CONAIE, dem Dachverband der indigenen Organisationen. Der Verband konstituierte sich 1986 und entwickelte sich zur mobilisierungstärksten Kraft in einem Land, in dem Korruption und Günstlingswirtschaft die Glaubwürdigkeit von Politikern und

Die Schweiz und Ecuador: Eigenständige Entwicklung der Armen fördern

(bf) Die Schweiz hat sich in ihrer Zusammenarbeit mit Ecuador von Beginn weg, das heisst seit 1969, geografisch auf das Anden-Hochland konzentriert. Dort ist die Armut unter der ländlichen Bevölkerung am grössten und sind die Lebensbedingungen am härtesten. Besonders schwer von der Armut betroffen sind dabei die indigenen Gruppen sowie die Frauen und Kinder. Die Projekte – jährliches Budget rund 10 Millionen Franken – zielen denn nicht nur auf die Verbesserung der vielfältigen Bedürfnisse des Landes, sondern setzen besonders auch dort Akzente, wo bei der armen Bevölkerung Potenziale für eine eigenständige Entwicklung bestehen. Quer durch alle Projekte wird zudem darauf geachtet, dass insbesondere die Gute Regierungsführung verankert wird, sei dies im Bereich der Korruptionsbekämpfung, der Dezentralisierung oder bei der Information und Sensibilisierung.

Das Programm konzentriert sich auf folgende vier Schwerpunkte:

Nachhaltige Landwirtschaft und Umgang mit den natürlichen Ressourcen: Den organi-

sierten Bauerngruppen soll der Zugang zu den produktiven Ressourcen (Land, Bewässerung, Technologie, Kredite, Bildung) und zum Markt ermöglicht und die natürlichen Ressourcen sollen besser genutzt und geschützt werden.

Kampf gegen die Umweltverschmutzung: Hier steht die Hilfe bei der Planung und Einführung von Umweltschutzmassnahmen im Vordergrund. Unter anderem werden Technologien für die Verminderung von umweltschädlichen Ausstössen sowie ein verbesserter Umgang mit gefährlichen Abfällen gefördert.

Förderung von Kleinst- und mittleren Unternehmen: Über Berufsbildung, dem Zugang zu marktorientierter Unternehmensentwicklung und Krediten sollen die Arbeit und das Einkommen der am meisten benachteiligten Bevölkerung verbessert werden.

Humanitäre Hilfe: Katastrophenhilfe und Unterstützung bei der Prävention von Naturkatastrophen.

Zahlen und Fakten

Name

Republik von Ecuador

Staatsform

Demokratie

Hauptstadt

Quito

Fläche

283 560 km²,
davon Land 276 840 km²
Wasser 6720 km² (inklusive Galapagos-Inseln)

Bevölkerung

12,9 Millionen

Ethnien

Mestizen (Amerindianer und Spanier) 65%
Amerindianer/Indigenas 25%
Latinos und andere 7%
Schwarze 3%

Sprachen

Spanisch (Landessprache),
Quitschua, Shuar und weitere Sprachen ethnischer Gruppen

Religion

95% sind Katholiken.
Verschiedene protestantische Kirchen

Wirtschaftssektoren

(nach Beschäftigung)
Landwirtschaft 14%
Industrie 36%
Dienstleistungen 50%

Lebenserwartung

69,5 Jahre

Analphabetismus

11,1%

Hauptexportgüter

Erdöl, Bananen, Garnelen, Kaffee, Kakao, Fisch

Wirtschaftswachstum

Minus 8,8%



Aus der Geschichte

Das heutige Ecuador wurde vermutlich vor 3500 v.Chr. besiedelt. Zwischen 600 v.Chr. und 550 n.Chr. entwickeln sich regionale Kulturen an der Küste und im Berggebiet.

- 1543 Das heutige Gebiet Ecuadors wird als Audiencia de Quito als Teil des Inkareichs in das Vizekönigreich Perú eingegliedert.
- 1822 Befreiung von den Spaniern und Anschluss an die Republik Gran Colombia (Kolumbien, Ecuador, Venezuela).
- 1830 General Juan José Flores proklamiert Ecuador als selbständige Republik.
- 1861 Mit der Wahl von García Moreno zum Präsidenten setzt ein diktatorisches Regime ein.
- 1875 García Moreno wird ermordet, zahlreiche Revolutionen folgen in den kommenden Jahrzehnten und führen zu anarchischen Zuständen, die auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hemmen.
- 1920 Das Ende des Kakaobooms führt zu schwerer Staatskrise.
- 1925–1945 23 Präsidentenwechsel innert zwanzig Jahren.

- 1941–42 Peruanische Streitkräfte besetzen Südecuador und Oriente, Ecuador muss fast die Hälfte seines Staatsgebietes abtreten.
- 10.8.1979 Ende der letzten Militärdiktatur (1972–1979).
- 1984 Präsident León Febres Cordero führt neoliberale Wirtschaftspolitik ein.
- 3.6.1990 Erster grosser Indigena-Aufstand legt das Land zehn Tage lang lahm.
- 1991–95 Grenzkonflikt mit Peru flammt wieder auf.
- 1997 Im Februar zwingt eine Massenmobilisierung Präsident Abdalá Bucaram, sich nach Panama abzusetzen. Kongresspräsident Fabián Alarcón übernimmt Nachfolge bis zu den Wahlen von 1998.
- 21.1.2000 Die Proteste gegen den Dollarisierungsplan münden im Sturz von Präsident Jamil Mahuad. Vizepräsident Gustavo Noboa übernimmt die Nachfolge und führt im April den Dollar als offizielle Landeswährung ein.

«Die Frau mit den Plastikaugen»



Martha Moncada leitet in ihrem Geburtsland Ecuador den Gegenwertfonds Schweiz-Ecuador. Sie hat Sprachen, Linguistik, Ökonomie sowie politische und soziale Wissenschaften studiert und lebt mit Ehemann und zwei Kindern abgelegen von der Hauptstadt Quito an der Schwelle zwischen der modernen und traditionellen Welt Ecuadors.

Vor zwei Jahren besuchte ich ein Dorf in der Provinz Chimborazo, im Hochland der zentralen Andenkette Ecuadors. In diesem Dorf, das über 3500 Meter über Meer liegt, leben Indio-Familien. Die Landschaft des Hochlandes ist trostlos: Ausser den Grasbüscheln, die überall wachsen, gibt es kaum Vegetation; die wenigen Bäume, die noch aufrecht stehen, sehen wie abgemagerte Gestalten aus. Je näher wir zum Dorf kommen, desto dünner wird die Luft. Beim Atmen verspürt man unweigerlich eine gewisse Angst, die aber rasch verfliegt. Die Menschen, die hier wohnen, sind ein lebendiges Zeugnis dafür, dass trotz Schwierigkeiten und Entbehrungen, trotz Höhe, Kälte und beissenden Winden, ein Leben voller Hoffnung und Freude möglich ist.

Die karge Landschaft, das raue Klima und die schwierige Lebenssituation im Dorf stehen in einem krassen Gegensatz zur Grosszügigkeit seiner Bewohner. Als sie von unserem Besuch hörten, fingen die Frauen gleich an, ein Essen zuzubereiten mit den Produkten, die unter diesen schwierigen klimatischen Bedingungen überhaupt noch gedeihen. Während sie das Essen vorbereiteten, erkundeten wir Besucher begleitet von einigen Dorfbewohnern die Gegend. Das Hochland erstreckt sich in die Weite. Wären in der Ferne nicht die Gipfel von noch höheren Bergen zu erkennen, könnte man meinen, es wäre endlos.

Wir mussten ständig unsere Gesichter vor den starken Winden und dem Staub in der Luft abwenden, aber richtig schützen konnten wir Stadtbewohner uns nicht. Meine Augen füllten sich mit Staub, und meine Kontaktlinsen fingen an zu schmerzen.

Als ich spürte, dass sich eine Kontaktlinse langsam löste, hielt ich eine Hand unter das Auge, um die Linse im richtigen Augenblick aufzufangen, damit sie der Wind nicht fort wehte. Die Dorfbewohner, die neugierig meinen Bewegungen gefolgt waren, konnten feststellen, dass etwas aus meinem Auge spickte. Sie glaubten, ich hätte ein Auge verloren... Keiner der Anwesenden hatte zuvor eine Kontaktlinse gesehen. Aus meiner Gestik und Besorgnis schlossen sie, dass dieser Gegenstand für mich sehr wertvoll war. Ich erklärte ihnen, dass es sich um eine Kontaktlinse handle, die mir ermögliche, meine Sehschwäche zu korrigieren. Ich fügte bei, dass sie eine normale Brille ersetze. Aber sie verstanden nicht, wie es möglich war, dass ich damit tatsächlich besser sehen konnte. Und sie konnten noch weniger glauben, dass dieser kleine Gegenstand im Auge nicht wahnsinnige Schmerzen verursache.

Ihr Erstaunen wuchs, als sie feststellten, dass ich die Kontaktlinse wieder ins Auge führen wollte. Das hätte man sehen müssen! Ich war umgeben von



Hane Smeele / Hane Smeele

einer ganzen Schar Menschen, die «oh» riefen, als ich mit meinem Finger die Linse wieder aufs Auge setzte. «Lassen Sie uns sehen», baten sie mich, «aber öffnen Sie doch bitte das Auge, damit wir es auch richtig sehen können!»

Während ich mein rechtes Auge mit Hilfe meiner Finger offen hielt, zog einer nach dem anderen an mir vorbei. Sie konnten nicht glauben, dass dieser kleine Gegenstand, den sie auf meiner Hand gesehen hatten, nun in meinem Auge war, kaum sichtbar. Sie waren erstaunt und überrascht. Sie nannten mich die «Frau mit den Plastikaugen».

Ich war sehr gerührt und gleichzeitig überrascht, dass es in meinem Land auch heute noch Menschen gibt, die noch nie einen so alltäglichen Gegenstand wie eine Kontaktlinse gesehen hatten. Aber wie sollten sie auch? Kontaktlinsen setzen eine äusserst komplexe Technologie voraus, die längst nicht für alle Bewohner meines Landes in Reichweite ist. Viele verfügen nicht einmal über Trinkwasser in ihren Häusern, geschweige denn über andere Güter des «westlichen Komforts». Ich frage mich, wann die Zeit stillgestanden ist für einige arme Dörfer Ecuadors? ■

(Aus dem Spanischen)



Iris Krebs

Die am wenigsten entwickelten Länder: Das Elend besteht weiter, die Kluft wird grösser

Eigentlich müsste man eher von den benachteiligten Ländern sprechen. Die 49 am wenigsten entwickelten Länder haben eines gemeinsam: Ihre Entwicklung wird von besonders schwierigen Problemen behindert – extremes Klima (Sahelländer), häufige Überschwemmungen (Bangladesch), schwierige Topografie (Nepal, Bhutan, Afghanistan), nach und nach geplünderte natürliche Ressourcen (Haiti), Isolation (kleine Pazifikinseln) usw.

Im Mai dieses Jahres fand in Brüssel die dritte UNO-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (least developed countries: LDC) statt – zwanzig Jahre nach der ersten Konferenz von 1981 in Paris. Die Teilnehmenden mussten ein fast vollständiges Scheitern der bisherigen Anstrengungen zur Kenntnis nehmen. Eine wahrlich traurige Bilanz. Im Allgemeinen haben sich die Lebensumstände in diesen Ländern kaum verändert, das Elend besteht weiter, die Kluft zu den anderen Entwicklungsländern wird immer grösser, wirtschaftliche Unabhängigkeit liegt in weiter Ferne. Allerdings muss nuanciert werden: in Mali oder Burkina Faso gab es bescheidene, aber gesicherte Fortschritte in den Bereichen Wasserwirtschaft, Ernährung, Infrastrukturen für Transport und Kommunikation. Diese Fortschritte sind aber vor allem auf die Hilfe von aussen zurückzuführen, während die eigentliche wirtschaftliche Grundlage bescheiden und anfällig bleibt. Dagegen befanden sich andere LDC auf einer veritablen Höllenfahrt: Somalia, Ruanda, Sierra Leone, Liberia, Afghanistan. Einige wenige Länder wie Mosambik und Bangladesch sind auf dem Weg zu einer unabhängigen Entwicklung.

Was tun? Aus den Diskussionen in Brüssel ging klar hervor, dass Hilfe von aussen nichts nützt, wenn sie aus Einzelaktionen besteht. Was es

braucht, ist eine gemeinsame Strategie von allen nationalen und internationalen, öffentlichen wie privaten Akteuren, um die Kapazitäten der guten politischen und wirtschaftlichen Regierungsführung der LDC zu stärken, damit diese ihre eigenen Ressourcen mobilisieren können. Ferner müssen sie Rahmenbedingungen erhalten, welche ihre dauerhaften Schwächen berücksichtigen: ein bevorzugter Zugang zu den Märkten der Industriestaaten und der bereits weiter gekommenen Entwicklungsländer, regionale Zusammenarbeit oder gar Integration, Vorzugsbehandlung in der Schuldenfrage, besondere Bedingungen für die Integration in den internationalen Handel (die Regeln der Welthandelsorganisation müssen an die LDC angepasst werden, nicht umgekehrt), angemessene Finanzströme. Kurz, die Strategie muss überdacht werden, sonst sind weitere Misserfolge programmiert.

Und was kann die Schweiz tun, welche die LDC gemäss dem Zusammenarbeitsgesetz von 1976 bevorzugt behandelt? Sie müsste vielleicht ihre Bescheidenheit ablegen. Sie verfügt über grosse Erfahrung bezüglich des tatsächlichen Zustands dieser Länder. Ihr Standpunkt zählt, sowohl vor Ort wie in den internationalen Organisationen. Sie muss lernen, ihre Verpflichtungen in einem weltweiten System wahrzunehmen, statt der Versuchung nachzugeben, «Nischen» zu finden in einer isolierten Zusammenarbeit, welche weder die nationalen Partner – wie die Regierungen der LDC selber – noch die internationalen Partner berücksichtigt. ■

Jean-François Giovannini
Stellvertretender DEZA-Direktor

(Aus dem Französischen)

Neue Töne in Kosovos Gefängnissen

Die Führung eines Gefängnisses gemäss internationalen Menschenrechtsstandards will gelernt sein, insbesondere in einem Nachkriegsland: Ein mehrwöchiges Training, unter anderem in der Basler Anstalt Schällemätteli, vermittelt dem kosovarischen Gefängniskader das nötige Wissen für den Aufbau eines zeitgemässen Strafvollzugs.

(mr) «Leute, die mit einem kleinen Selbstwertgefühl aufwachsen, haben meist ein grosses Schamgefühl. Dieses Schamgefühl kippt dann um 180 Grad und artet in ein Macho-Gehabe aus», erklärt der Psychologe und Erwachsenenbildner Willy Nafzger und schaut gespannt in die Runde der Kursteilnehmer. Der Trainingsraum im Dachgeschoss der Strafanstalt Schällemätteli in Basel ist eng, doch die 24 kosovarischen Strafvollzugsexperten scheinen sich nicht daran zu stören. Obwohl die Ausführungen des Schweizer Ausbildners immer wieder für die Übersetzung unterbrochen werden müssen, entsteht ein angeregtes Gespräch über Führung im Gefängnis.

Der Krieg im Kosovo ist seit gut zwei Jahren beendet, doch der Alltag ist noch nicht zurückgekehrt. Vieles muss wieder instand gestellt oder neu aufgebaut werden, so auch die Gefängnisse und der Strafvollzug. Ein funktionierendes Gefängniswesen und ein moderner Strafvollzug sind eine wichtige Basis für die längerfristige Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit im Kosovo.

Schwerpunkte des Ausbildungsprogramms sind Führung, Menschenrechte und Ethik sowie Psychologie und Gesprächsführung. Zudem hatten die Kursteilnehmer in der Schweiz die Möglichkeit zu einem Erfahrungsaustausch mit Schweizer Kollegen und konnten verschiedene offene Anstalten besuchen.

Was ist denn im Schällemätteli anders als im Dubrava? «Vieles», sagt Ilaz Querimi mit einem selbstredenden Lächeln, «die Beachtung der Rechte der Insassen und wie hier die Regeln eingehalten werden, ist ganz anders als bei uns. Wir haben Probleme mit der Infrastruktur und müssen alles neu bauen. Serbien hat in unseren Gefängnissen wirklich sehr viel kaputt gemacht. Im Moment haben unsere Gefängnisse nicht die nötige Kapazität, um alle potenziellen Häftlinge aufzunehmen.»

Einheimische lösen internationale Gefängnisdirektoren ab

Zurzeit sind im Kosovo acht Gefängnisse in Betrieb. Eines davon ist das Militärgefängnis der multinationalen Kosovo Force (KFOR), die anderen sieben sind dem «Kosovo Correctional Service» unterstellt, der Gefängnisbehörde vor Ort. Die Dubrava-Strafanstalt soll künftig wieder 520 Insassen aufnehmen können, derzeit sind etwa 120 Gefangene dort inhaftiert. Die meisten von ihnen sind definitiv verurteilt und müssen langjährige Haftstrafen absitzen.

Zurzeit wird die Strafanstalt Dubrava von Jeff Jaspers geführt. Wie bei den Leitern der anderen Strafanstalten in Kosovo, handelt es sich bei dem Briten um einen internationalen Gefängnisdirektor. Hans-Jürg Bühlmann, operationeller Leiter des Projektes bestätigt, dass alle Anstalten im Kosovo noch fest in Händen internationaler Leiter sind. Diese werden voraussichtlich im Verlaufe des kommenden Jahres durch lokale Direktoren ersetzt. Einige der neuen Direktoren dürften mit grosser Wahrscheinlichkeit aus den Teilnehmern des

Die Schweiz und das Justizsystem im Kosovo

Die Schweiz beteiligt sich seit gut einem Jahr am Wiederaufbau des Justizsystems im Kosovo. Ziel des DEZA-Programms «Wiederaufbau des Gefängniswesens und des Strafvollzugs im Kosovo» ist ein effizienter Strafvollzug, der internationalen Menschenrechtsstandards entspricht. Die Ausbildung von 24 Führungsverantwortlichen ist Teil dieses Programms. Mit dem Schweizer Beitrag wurden zudem das Gefängnisspital und das Besucherzentrum des Dubrava-Gefängnisses wieder hergestellt sowie eine Sicherheitsbeleuchtung installiert.

Führungsausbildung für Kader

«Nach dem Krieg ist die Kriminalität im Kosovo um ein Mehrfaches angestiegen. Die Bereitschaft zur Gewalt ist jetzt viel grösser und wird es auch bleiben, zumindest solange die Leute denken, ungestraft davonzukommen. Unser Justizapparat läuft darum auf Hochtouren, doch es braucht auch funktionierende Gefängnisse damit der Strafvollzug gewährleistet werden kann», sagt Veli Gashi. Der kosovarische Strafvollzugsexperte arbeitet im Dubrava-Gefängnis bei Istog/Istak, der grössten Strafanstalt des Kosovos und ist einer der 24 Kursteilnehmer, die im Rahmen eines DEZA-Programms die Führungsausbildung für das Strafvollzugskader absolvieren.

Der mehrteilige Kurs sieht Ausbildungsmodule vor, die diesen Frühling im Kosovo stattgefunden haben sowie den Besuch eines einwöchigen Kurses in der Basler Strafanstalt Schällemätteli.



DEZA (4)



Kaderkurses hervorgehen. Eine Übernahme durch das lokale Kader dränge sich langsam auf, erklärt Hans-Jürg Bühlmann. Denn die meisten internationalen Direktoren werden nur kurzfristig für drei bis sechs Monate eingesetzt, so dass die verschiedenen internationalen Vollzugsphilosophien den lokalen Mitarbeitern zu schaffen geben können.

«Die UNO-Verwaltung des Kosovos (UNMIK) verlangt in den kosovarischen Anstalten westeuropäische Standards», sagt Hans-Jürg Bühlmann. Um diesen gerecht zu werden, muss das Gefängnispersonal erst einen neuen Umgang mit den Insassen erlernen. Nur etwa die Hälfte des Vollzugskaders arbeitete schon vor dem Krieg in diesem Bereich. Schon in kurzer Zeit hat unter der internationalen Führung ein wichtiger Sinneswandel stattgefunden, der das Klima in den An-

stalten merklich verändert hat. Unter serbischer Führung stand nicht selten die Gewaltanwendung gegenüber den Insassen im Vordergrund, jetzt haben sich die Angestellten neue Strategien zur Entschärfung von Konfliktsituationen angeeignet. Dennoch lässt sich das Erlernte nicht immer eins zu eins übernehmen. «Das ist auch nicht der Sinn des Kurses. Wir zeigen ihnen, wie wir ein Gefängnis führen, doch sollen sie selbst entscheiden, was sie übernehmen und wie sie es machen wollen», sagt Hans-Jürg Bühlmann. Veli Gashi stimmt dem zu: «Wir werden das Erlernte so umsetzen, dass es für uns stimmt.» ■

Dank Wissen mehr Arbeitsplätze

In El Salvador erzeugt ein stark auf Wettbewerb und Export ausgerichteter Markt grossen Druck auf die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Wollen diese ihre Produktivität erhöhen und die internationalen Qualitätsstandards einhalten, müssen sie ihren Mangel an Fachausbildung beheben. Ein Schweizer Programm hilft ihnen dabei.

Ein Programm mit regionaler Bedeutung

Ab diesem Jahr läuft das KMU-Förderprogramm in den beiden zentralamerikanischen Ländern El Salvador und Nicaragua. Von Januar 2000 bis Dezember 2002 setzt die DEZA dafür 4,9 Millionen Franken ein.

In El Salvador lief von 1998 bis 2000 eine Beratungsphase. Nahezu 1000 Frauen und 1200 Männer aus 400 verschiedenen Unternehmen konnten Weiterbildungskurse besuchen. Das Angebot an Dienstleistungen wurde ausgebaut und den besonderen Bedürfnissen der KMU angepasst. Um Angebot und Nachfrage besser aufeinander abzustimmen, werden die KMU, die Beraterinnen und Berater sowie die angebotenen Kurse in einer Datenbank erfasst.

In Nicaragua wurde im Juli 2001 eine Marktanalyse abgeschlossen. Aus ihr ging hervor, dass die Unternehmen viel kleiner und informeller sind als in El Salvador. Die Instrumente des Programms mussten angepasst werden. Inzwischen sind die Aktivitäten in der Leder- und der Lebensmittelbranche angelaufen.



Olivia Hauser / Lookat

(dls) Seit 1995 hat Marta Villalta ihr Haus in einem beliebten Quartier von San Salvador in ein richtig kleines Unternehmen umgewandelt. Mit ihrem Mann und sechs Angestellten stellt sie pharmazeutische Produkte und Kosmetika her. Die Geschäfte laufen recht gut. Dank einem KMU-Förderprojekt konnte Marta Villalta mehrere Kurse besuchen, namentlich über umweltgerechte Industriestandards. Seither hat sie ihre Produktionsverfahren verbessert, und sie konnte ihre Produkte als geschützte Marke eintragen lassen, was ihr die Türe zur Vermarktung im Ausland öffnet.

Dank dem Projekt Proempresa, das von der DEZA finanziert und von Swisscontact durchgeführt wird, können Arbeitgeber und Arbeitnehmer kleiner Unternehmen eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Fachausbildung absolvieren. Das Projekt subventioniert die von rund dreissig Schulen und von Beratern angebotenen Kurse in den

Bereichen Verkauf, Marketing, Unternehmensführung und Sprache. Anders als andere Geldgeber verlangt die Schweiz von den Unternehmerinnen und Unternehmern einen finanziellen Beitrag für ihre Hilfe. «Bei der KMU-Förderung gehen wir erst seit kurzem so vor, damit werden die Teilnehmenden des Programms zu Kundinnen und Kunden», erklärt die DEZA-Programmverantwortliche für Zentralamerika, Ruth Huber.

Das Überleben des Unternehmens sichern

Die KMU haben im Allgemeinen weniger als 50 Angestellte. «Man kann nicht von einer Mittelklasse nach unseren Wertmassstäben sprechen. Diese Kleinunternehmer und -unternehmerinnen sind zwar nicht ganz arm, kämpfen aber täglich um das Überleben ihres Familienunternehmens», sagt Ruth Huber.

Das Programm konzentriert sich auf die drei Branchen Lebensmittel, Metallverarbeitung und Chemie. Diese wurden gewählt, weil damit viele KMU und insbesondere, in zwei dieser Branchen, von Frauen geleitete Unternehmen gefördert werden können. Ferner sind die Firmenleiter und -leiterinnen bereit, in den Aufbau ihrer Firma zu investieren, wodurch mittelfristig die Hoffnung auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze besteht. ■

(Aus dem Französischen)



Olivia Hauser / Lookat

Global Knowledge Partnership

(sbs) Die DEZA ist neu im Exekutiv-Komitee der «Global Knowledge Partnership» (GKP) vertreten. DEZA-Direktor Walter Fust übernimmt das Präsidium des globalen Netzwerks, das sich um die Verbreitung von Informationstechnologien und Wissen zugunsten von Entwicklungsländern bemüht. Der so genannte digitale Graben droht, arme Länder auszugrenzen und vom Rest der Welt abzukoppeln. Die Schweiz möchte deshalb besonders die Vertretung der Entwicklungsländer und ärmerer Bevölkerungsschichten in der globalen Wissens-Partnerschaft (GKP) stärken. Weitere Schwerpunkt, welche die DEZA setzen will: Regionale Netzwerke sollen die Zusammenarbeit verschiedener Initiativen zur Überwindung des digitalen Grabens konkret voranbringen, Wissen und Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit vermehrt zugänglich

machen und Initiativen zur Förderung des lokalen Wissens stärken.

NGO-Programmbeiträge

(spc) Im Rahmen der Beitragspolitik für Nichtregierungs-Organisationen (NGO) der DEZA werden zur Zeit die Verhandlungen über die Erneuerung der Beiträge an die Entwicklungsprogramme von 13 schweizerischen privaten Entwicklungsorganisationen und Hilfswerken für die Periode 2002 bis 2004 geführt. Diese Beiträge sind auf die Entwicklungsprogramme dieser Organisationen im Süden ausgerichtet. Sie sind Teil der vielfältigen Zusammenarbeit der DEZA mit den schweizerischen Entwicklungs-NGOs und des Einbezugs zivilgesellschaftlicher Akteure in die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit. Die Programmbeiträge bezwecken die Förderung der im Rahmen dieser Programme verfolgten Entwicklungsziele in den

Partnerländern des Südens und sind auch Ausdruck der Anerkennung der Rolle, die diese Organisationen im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in der Schweiz und in der Mobilisierung von privaten Spenden leisten. Die Beiträge werden auf der Basis von etablierten Richtlinien und Grundsätzen der DEZA entrichtet und sind durch einen regelmässigen Programmdialog und Erfahrungsaustausch zwischen der DEZA und den betroffenen Organisationen untermauert.

Neuer stellvertretender Direktor

(bf) Seit dem 1. Juli hat die DEZA einen neuen stellvertretenden Chef. Remo Gautschi ist vom Bundesrat als Nachfolger für den in den Ruhestand tretenden Jean-François Giovannini ernannt worden. Der 57jährige Aargauer Remo Gautschi ist diplomierter Bau-Ingenieur der ETH Zürich und trat – nach

einigen Jahren in der Privatwirtschaft und als Vizekoordinator für die «Swiss Association for Technical Assistance» in Nepal – 1981 in den Dienst der DEZA ein. Seine «DEZA-Karriere» führte ihn vom Programmbeauftragten über den stellvertretenden Sektionschef zum Leiter der Sektion Asien der Sparte Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit. 1992 wurde er zum Vize-Direktor und Leiter der Abteilung Allgemeine Dienste ernannt. Seit Januar 1995 war er Vize-Direktor und Leiter der Sparte Zusammenarbeit mit Osteuropa und der Staaten der ehemaligen Sowjetunion (GUS).

Was eigentlich ist... Kohärenz?

(bf) Der Duden beschreibt Kohärenz schlicht als «Zusammenhang» und das Kohärenzprinzip als «Grundsatz von dem Zusammenhang alles Seienden». In der Entwicklungszusammenarbeit wird Kohärenz unterschiedlich verwendet. Das Bild «mit der einen Hand geben, mit der anderen nehmen» bringt die Frage der Kohärenz wohl am besten zum Ausdruck. Die Kohärenz sollte im besten Fall darauf hinaus laufen, alle zur Verfügung stehenden Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit für das gleiche Ziel – beispielsweise der Armutsbekämpfung, Korruptionsbekämpfung oder für den Schutz der Ressourcen – einzusetzen. Der Begriff bringt auch zum Ausdruck, inwieweit verschiedene nationale Politiken eines Landes, welche direkte Wirkung in den Partnerländern der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit zeigen, untereinander in Einklang, bzw. in Widerspruch stehen. Wenn etwas inkohärent ist, das heisst kein Zusammenhang entsteht, ist dies oft auf einen Zielkonflikt (die Verwirklichung des einen Ziels verhindert das Erreichen eines anderen) zurückzuführen, der sich aus verschiedenen Politiken ergibt. In der Schweiz selber

heisst eine kohärente Politik gegenüber dem Süden, wenn zwischen den Politiken der verschiedenen Bundesstellen in Beziehung zu den Ländern des Südens ein innerer Zusammenhang besteht und diese aufeinander abgestimmt sind.



Mehr Bescheidenheit und mehr Dialog

Seit vier Jahrzehnten engagieren sich die Länder des Nordens für die Entwicklung im Süden. Ist es ihnen gelungen, die Ungleichheiten abzubauen? Mahaman Tidjani Alou, früherer Direktor der Europaabteilung im Aussenministerium des Niger und Lehrbeauftragter an der Universität Niamey, und DEZA-Direktor Walter Fust sprechen über die Wirksamkeit der Zusammenarbeit. Gesprächsleitung: Jane-Lise Schneeberger.



Francis Géri (4)

Walter Fust



Mahaman Tidjani Alou

Eine Welt: In vielen Ländern namentlich Afrikas, welche massive Auslandhilfe erhalten haben, nimmt die Armut zu. Besteht da nicht ein Missverhältnis zwischen den eingesetzten Summen und den Resultaten?

Walter Fust: Die Entwicklung ist nichts Statisches, das einen Vergleich von input und output möglich macht. Niemand kann eine exakte Bilanz über die Entwicklungszusammenarbeit abgeben, denn viele Elemente sind nicht messbar. Zahlreiche Faktoren änderten sich in den letzten vierzig Jahren. Die Weltbevölkerung ist von 3,2 auf 6 Milliarden gestiegen. In den Bereichen Erziehung, Gesundheit und Trinkwasserzugang wurden Fortschritte erzielt. Es gab auch Misserfolge. Die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (Least developed countries – LDC) ist gewachsen, dieser Zustand ist inakzeptabel. Man darf nicht glauben, dass die Zusammenarbeit allein die Welt verändern und alle Ungleichgewichte korrigieren kann. Sie führt zu Unterschieden, welche vermutlich langfristig mehr wert sind als das ganze Geld, das eingesetzt wurde.

Mahaman Tidjani Alou: Seit mehreren Jahren sind gewisse Experten sehr pessimistisch. Sie argumentieren, dass trotz aller in die Entwicklung gesteckter Ressourcen die Hoffnungen nicht erfüllt wurden. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass

die Zusammenarbeit noch jung ist, dass diese Ressourcen in den Entwicklungsländern nicht gleichmässig verteilt wurden, dass die Hilfe sich zeitweise auf ganz bestimmte Regionen konzentrierte, mit genauen Zielen, welche nicht immer auch die Ziele der Entwicklung waren. Die Bilanz all dieser Politiken ist ziemlich gemischt. Die asiatischen Tiger machten eine beachtliche Entwicklung durch, bevor sie in die Krise stürzten. Andere Volkswirtschaften wurden durch Katastrophen wie zum Beispiel einen Krieg schwer beeinträchtigt. Und schliesslich erwiesen sich einige Hilfspolitiken als ineffizient und unzweckmässig.



Eine Welt: Im Verlauf der Jahre wurden Lehren aus diesen Erfahrungen gezogen, die Zusammenarbeit wurde angepasst. Was hat sich verändert?

Fust: Das Vorgehen hat sich beträchtlich gewandelt. Die Zusammenarbeit ist heute viel differenzierter. Die DEZA finanziert zum Beispiel fast nur noch Infrastrukturen. Früher machte der Geldgeber die Arbeit ganz einfach selber, heute unterstützt er die Partner bei ihrer Entwicklungsarbeit. Er passt sich ihren Zielen an, ihrer Gangart, und zwingt ihnen nicht mehr seine Ansichten auf. Das gilt aber nicht für alle Geldgeber. Einige grosse Länder lassen sich noch immer von ihrer eigenen politischen Agenda leiten.

Tidjani Alou: Es stimmt, die Länder haben bei



Den guten Schülern helfen

Gemäss der Weltbank trägt die Finanzhilfe sehr wirksam zum Abbau der Armut in jenen armen Ländern bei, welche eine vernünftige Politik verfolgen und solide öffentliche Institutionen haben. In einem im November 1998 veröffentlichten Bericht empfiehlt die Institution den Geldgebern, ihre Finanzhilfe auf die Länder zu konzentrieren, welche sich zur Durchführung von Reformen verpflichten. In den Ländern mit ungenügender Verwaltung sollen laut diesem Bericht statt Geld vielmehr Ratschläge oder Ideen zum Einsatz kommen.

Durch die Erhöhung der Entwicklungshilfe um 10 Milliarden Dollar pro Jahr könnten laut Weltbank zusätzliche 25 Millionen Menschen der Armut entrinnen, vorausgesetzt, dass die Ressourcen gezielt eingesetzt werden. Wird der gleiche Betrag ohne Unterschied verteilt, würden nur 7 Millionen Menschen den Weg aus der Armut finden.

David Dollar (1998). «Assessing Aid: What Works, What Doesn't, and Why». Weltbank. www.worldbank.org/research/aid

ihrer Zusammenarbeitspolitik nicht immer die gleichen Ziele. Ich möchte aber sagen, dass die Perspektiven sich stark verändert haben. Wir gehen bescheidener vor. Die Geldgeber stellen sicher, dass ihre Aktivitäten effizient sind, sie haben Strukturen für Nachbetreuung und Evaluation eingeführt. Sie bemühen sich, die Gesellschaften kennen zu lernen, in denen sie aktiv sind. Auch im Süden, wo man oft nur einfach Profit schlagen wollte aus der Hilfe, wird besser aufgepasst, was mit dem Geld geschieht. Die Gesellschaften des Südens wandeln sich im Übrigen schnell und legen eine beachtliche Kreativität an den Tag, die berücksichtigt werden muss. Viele Krisen sah man nicht voraus, denn die Geldgeber interessierten sich nur für den offiziellen Aspekt und vernachlässigten die sozialen Gegebenheiten.

Fust: Ich stehe der Zivilgesellschaft sehr positiv gegenüber. Zwei Drittel der bilateralen Zusammenarbeit der Schweiz laufen über sie und nicht über die Regierungen. Aber die zunehmende Zahl an Nichtregierungsorganisationen (NGO) macht mir Sorgen. Es ist schockierend, dass es einfacher ist, eine NGO zu gründen und Finanzierung von aussen zu erhalten, als eine kleine Firma aufzubauen und dafür Finanzierung vor Ort zu erhalten. In Nepal zum Beispiel werden rund 15000 NGOs gezählt. Wenn das Land ebenso viele kleine Unternehmen hätte, ginge es ihm viel besser.

Tidjani Alou: Die Länder des Südens sind oft von einer Vielzahl von staatlichen und anderen Akteuren mit sehr unterschiedlichen Zielen bedrängt. Da sie ihre eigenen langfristigen Ziele



Cordula Kropke / agenda



Cordula Kropke / agenda



nicht selber definieren können, beschränken sich diese Länder darauf, die Ziele der von aussen kommenden Akteure zu übernehmen.

Eine Welt: Welche anderen Elemente können die Entwicklungsbemühungen beeinträchtigen?

Tidjani Alou: Die Entwicklungshilfe unterliegt oft den unterschiedlichsten Zufällen, beispielsweise einem brusken Wandel der Regierung oder einem Bürgerkrieg. Ihre Ausrichtung kann sich auch je nach strategischen Interessen der Geber verändern. Es muss ein System gefunden werden, das nachhaltigere Auswirkungen gewährleistet. Andererseits ist die Hilfe technisiert. Die Experten, welche sie durchführen, haben wenig Autonomie. Sie sind in den konzeptuellen Apparaten verhaftet und werden zu Geiseln ihrer Führungsinstrumente, welche die Gegebenheiten im Feld nicht berücksichtigen.

Fust: Bei den Hindernissen muss auch Aids erwähnt werden, das die Lebenserwartung in vielen afrikanischen Ländern verkürzt. Dieser Geissel fallen nicht nur Menschen zum Opfer, sondern auch die Entwicklung. Ferner gibt es in Afrika eine Art Günstlingswirtschaft, welche die wirtschaftliche Entwicklung bremsen kann: junge Unternehmer verzichten auf den Ausbau ihrer Firma, denn sie müssen ihr Einkommen mit zwanzig Brüdern, Onkeln oder Vettern teilen.

Eine Welt: Die Empfängerländer müssen bestimmte politische und wirtschaftliche Kriterien erfüllen. Ist die Hilfe durch diese Bedingungen effizienter geworden?

Fust: Die politische Konditionalität ist ein altes Modell. Es strebt eine Partnerschaft an, in der man auf gleicher Ebene verhandelt. Aber der Weg dahin ist noch lang und führt zwangsläufig über einen Dialog mit der Regierung. Mit einem Militär-

regime oder einer Diktatur kann man keine Partnerschaft eingehen. In solchen Fällen versuchen wir, dem Regime klar zu machen, dass es sich ändern muss, wenn es Hilfe von uns will.

Tidjani Alou: Für mich ist das ein Beispiel eines unmöglichen oder zumindest schwierigen Dialogs. Aber es gibt auch andere Situationen, wo der Dialog in die falsche Richtung geht. Bei den klassischen Interaktionen hat der Staat aus dem Norden dank seiner Ressourcen und auch wegen der schlechteren Verhandlungsposition des Landes im Süden eine Vormachtstellung. Letztere versuchen dann eher, die Forderungen des Gebers zu erfüllen. Konfrontiert mit verschiedenen Situationen entwickeln sie eine opportunistische Haltung, um ihren Gesprächspartnern zu gefallen. Das verfälscht das Spiel.

Fust: Die Entwicklung sieht sich in der Tat mit dem Problem verschiedener Standards der internationalen Finanzorgane konfrontiert. Zur Zeit gibt es Standards für die multilaterale Entschuldung, andere für an Bedingungen gebundene Kredite. Die UNO und die Bretton-Woods-Institutionen haben nicht die gleichen Entwicklungspolitiken. Und an die zwanzig bilaterale Organisationen haben ihre eigenen Politiken. Wegen diesem Mangel an Kohärenz spielen die Länder des Südens wie verrückt mit Händen und Füßen Klavier, um zu Geld zu kommen. ■

(Aus dem Französischen)

Nichts zu verbergen. Sie geht. Ich warte.

«Letzter Aufruf an die Passagiere des Fluges LY 8332, Zürich – Tel Aviv!» Rennen! Meine Beine sind wie Blei. Irritiert mustern Sicherheitsleute meinen Schweizer Pass. Samir Riadh Jamal Aldin, mein Name. Heimatort Wohlenschwil. Kenn ich nicht. Endlich im Flugzeug. Eine andere Sprache. Am Ende des Ganges, Frauen in farbigen Uniformen. Eigenartige rudern Gesten deuten auf die Notausgänge. Alles gut. Auf Hebräisch sieht es genauso aus wie auf Schweizerdeutsch. Wolken wie Zuckerwatte unter uns. Das Meer. Unterwegs zu meinem «Feind». Was für eine Idee! Unterwegs in ein Land, dessen Staatsräson die Unterdrückung eines anderen Volkes ist. Erinnerungen an Checkpoints in Ramallah. Blutjunge Soldaten, die bei jedem Fahrzeug, das sie kontrollieren, ihre Gewehre in die Fenster hineinschieben. Erinnerungen an Stacheldrahtverhaue, Hundestaffeln, Scheinwerfer. Gaza. Doch diesmal geht es nach Ramat Gan, Haifa, Petah Tikva, Tel Aviv. Ich besuche ein paar alte irakisch jüdische Kommunisten. Das waren sie früher. Wie sind sie wohl heute? Erinnerungen an den zweiten Golfkrieg, Nächte vor dem TV. CNN. Baghdad. Peter Arnett. Gespenstisches grünes Leuchten der Flabgeschütze im Hintergrund. Switch. Ein anderer Sender.

Luftalarm in Israel. Gift-Raketen? Eine israelische Familie zieht sich Gasmasken über. Sie gucken im TV die Bombardierung von Baghdad. FLASH! Mein Vater hatte mir von seinen jüdischen Kameraden in der kommunistischen Partei des Irak erzählt. Was, wenn diese Familie in Israel aus dem Irak kommt? Was für ein Paradoxon unserer Welt. NEW WORLD ORDER! Disorder! Eine Filmidee reift langsam. «Fasten your seat belt!» Landeanflug. Tel Aviv, die Schöne. Touch down. Flughafen Ben Gurion. Sicherheits-Check. Ein dunkles hübsches Mädchen. «You are born in Baghdad?» Nicken. «Please come with me!» Warten. Lange. «What is your purpose?» Ich mache einen Film. Einen Film über irakisch jüdische Kommunisten und über das Bild der Juden und Araber im Film. Eigenartige Blicke. Ich gebe alle Adressen. Nichts zu verbergen. Sie geht. Ich warte. Warte lange. Ich bin im Orient. Ich lache. Genauso ist es für mich in Kairo, Amman oder Damaskus. Das hübsche Mädchen erscheint wieder mit drei Männern. Sie mustern mich kurz. Geben den Schweizer Pass zurück. Höflich. «Thank you. You can go!» Lautes Hupen, Verkehrschaos in Tel Aviv. Rush hour. Endlich finde ich die Adresse. Shimon Ballas, Schriftsteller und Professor

für Arabisch. Mit 72 immer noch Aktivist in der Friedensbewegung. Tief durchatmen. Klingeln. Ein schöner alter Mann öffnet mir die Türe. Schalk in den Augen. «Ahlan wa Sahlan» (Du bist immer willkommen), eine wunderschöne Begrüssung auf Arabisch. Tee und arabisches Süssgebäck. Eine Wohnung voller Bücher auf Hebräisch, Arabisch und Französisch. Ein Mann von Welt. Wir verstehen uns. Sprechen im alten arabischen Iraki-Dialekt. Wenn er nicht weiter weiss, benutzt er palästinensische Lehnwörter. So ergeht es mir in den nächsten Tagen überall in «Feindesland». Charmante, eloquente Intellektuelle. Sie erzählen mir ihre Geschichten. Wie sie alles zurücklassen mussten im Irak. Eine neue Sprache lernen. Sich unterordnen unter eine westlich geprägte Kultur. Wie sie um Anerkennung im neuen Land kämpften. Wie sie ihre Einsamkeit meisterten und ihre Familien gründeten. Als ich den Bestellerautor Sami Michael in Haifa besuche, erzählt er mir seinen Traum: «Du kennst doch Abu Nawas in Baghdad?! Für mich die schönste Strasse der Welt! Sie führt dem Tigris entlang und ist voller Cafés und Restaurants. In meinem Traum sitze ich immer noch dort, spiele mit meinen Freunden Domino, wir lachen und trinken Arak. Die Zeit vergeht und ich fühle mich wohl. Als ich zahlen will und der Kellner kommt, greife ich in meine Tasche. Doch ich hole israelische Münzen heraus. Auf einmal beginnen alle Leute zu schreien, ich sei ein Verräter und Spion und ich renne durch die Strassen, renne um mein Leben. Das ist der Traum, den ich immer wieder träume von dem Land wo ich herkomme und wo ich geboren bin.» ■



Samir Riadh Jamal Aldin ist Filmregisseur und Filmproduzent und lebt seit jeher zwischen und mit den Kulturen und macht dies auch in seinem neuesten Film «New World Order» zum Thema. Er ist 1955 in Baghdad, Irak, geboren und in der Schweiz aufgewachsen. 1986 reüssierte er mit seinem Videocomic «Morlove». Sein Dokumentarfilm «Babylon 2» war ein Meilenstein in der Darstellung der jungen Secondos in der Schweiz. Er arbeitete für deutsche Sender als Regisseur von Serien und Fernsehfilmen. Mit seiner Produktionsfirma «Dschoint Ventschr» produziert er seit 1994 hauptsächlich Projekte von jungen Filmschaffenden in der Schweiz. Dafür wurde ihm 1997 der Zürcher Filmpreis verliehen. 1998 erhielt er den Schweizer Filmpreis für den Kurzfilm «Angélique». Momentan arbeitet er an einem grossen Dokumentarfilm mit dem Arbeitstitel «New World Order» und an einer Verfilmung des Romans «Agnes» von Peter Stamm.



Wenn «Bollywood» aus dem Alltag entführt

Ein grosser Teil der indischen Bevölkerung lebt heute in einem kulturellen Zwiespalt. Einerseits ist sie befangen in ihren traditionellen Wertvorstellung, andererseits fühlt sie sich angezogen von den modernen Tendenzen, die Problemlosigkeit vortäuschen. Beispiele aus der Film-, Musik- und Theater-szene verdeutlichen diese Diskrepanzen. Von Vijay Kumar Singh*.



Network / Lookat



agenda / Jörg Böhring



agenda / Michael Kottmeier



Gernot Huber / laif

Sie weisen im Ausland grosse Erfolge auf und verdienen an internationalen Filmfestivals verschiedene Auszeichnungen. Jedoch im Land selbst sind sie kaum bekannt und werden vor fast leeren Kinos vorgeführt. Die Rede ist von den sogenannten indischen Dokumentarfilmen, die bei uns gespielt werden und grosse Beliebtheit geniessen. Die Produzenten dieser Filme zeigen mehrheitlich die indische Realität mit sozialrelevanten Themen auf. Aber Problematiken wie Armut, Arbeitslosigkeit, Kastenhierarchie, Umweltbelastung, usw. erleben die Inder tagtäglich in ihrer unmittelbaren Umgebung. Deshalb wollen sie sich nicht in ihrer Freizeit nochmals via

Leinwand damit auseinanderzusetzen, obwohl sich hier soziales Verantwortungsgefühl und das Aufbegehren gegen erstarrte Traditionen und Gesellschaftsstrukturen mit einer sensiblen Zeichnung verbindet. Das ist wohl einer der wichtigsten Gründe, warum der Zuspruch der Zuschauer dieser Filme bislang sehr bescheiden ausfiel. Die grosse Mehrheit der Inder will sich in ihrer spärlichen Freizeit vergnügen und nicht mit der Alltagsrealität auseinandersetzen. Sie wünscht sich, in eine Traumwelt flüchten zu können. Märchenhafte Streifen, genannt Masala-Filme, sind in Indien sehr beliebt. Letztes Jahr wurden über 800 Filme,

darunter auch Dokumentarfilme, produziert. Allein in «Bollywood» – so nennt sich Bombays Filmmetropole – wurden letztes Jahr über 200 Masala-Kinofilme in der nationalen Sprache Hindi gedreht. Der Rest wurde in anderen Regionalsprachen wie Tamil, Bengali, usw. in verschiedenen Metropolen produziert. Die Filme verweben Bilder, Symbole und Werte der traditionellen indischen Kultur mit einer Handlung der Gegenwart, die häufig unterbrochen wird mit lieblichen Gesangs- und Tanzeinlagen. Sie zeigen stereotype Verwicklungen von edlen Helden in leicht begreifliche Situationen und werden von vielen Kritikern

zurecht als realitätsfremd bezeichnet. Sie haben immer ein Happy-End und entsprechen den Bedürfnissen der Mehrheit von über einer Milliarde Bevölkerung.

3000jährige musikalische Tradition

«Ein Inder mag auf eine Mahlzeit verzichten, aber er leistet sich einen Kinoeintritt», erklärt der bekannte Regisseur Vikram Bhatt, «dank diesem kann er weg vom harten Alltag flüchten und in eine virtuelle Welt eintauchen, die er sich in seinem ganzen Leben nie leisten kann und in der Realität kaum existiert. Gleichzeitig hofft er, sich wie sein Film-idol, von den alltäglichen



Problemen befreien zu können und zu Reichtum zu gelangen. So träumt er von seinem grossen Glück und hofft auf dessen Erfüllung.» Während etwa drei Stunden – so lange dauert ein Kinofilm – vergessen die Zuschauer ihre tagtäglichen Probleme. Immer mehr werden solche Streifen im Ausland gedreht, unter anderem auch in der Schweiz.

Die Musik galt lange als eine der grundlegendsten und tragfähigsten Elemente der indischen Kultur. Sie besitzt eine mehr als 3000 Jahre alte Tradition und sei göttlichen Ursprungs. Auch in Zeiten grösster politischer und kultureller Gefährdung hat man es in Indien verstanden, die Fortdauer der grossen musikalischen Überlieferung des Landes zu bewahren und die verschiedenen Einflüsse der eingedrungenen Völkergruppen wie Griechen, Araber, Perser, Mongolen und Afgha-

nen in die eigene Tradition zu integrieren, ohne sie zu verlieren.

Obwohl die klassische indische Vokalmusik sich in ihrem Wesen wenig verändert hat, ist die gegenwärtige Volksmusik von der modernen westlichen Musikart sehr beeinflusst. Dieser amerikanische und europäische Einfluss macht sich besonders bei den Filmliedern und beim Musikschaffen allgemein bemerkbar. Die bekannten Volkslieder werden verdrängt. Junge und alte Menschen kennen vor allem die Kinoschnulzen, die immer mehr nachgesungen werden. Auch die Radiostationen strahlen heutzutage mehrheitlich solche Songs aus. Ihre Tonarten gehen aus einer Vereinfachung der klassischen Modelle hervor, die sich so den westlichen Tonleitern annähern. Gerade durch die Nichtübereinstimmung der indischen

und westlichen Tonsysteme ist nicht nur die mündliche Überlieferung der Lieder und Rhythmen gefährdet, auch die Musikinstrumente werden sich, sofern sie wie die meisten eng dem indischen Tonsystem angepasst sind, schwerlich behaupten können.

Im religiösen Leben verwurzelt

Die indische Musik wurde über Generationen vom Lehrer auf den Schüler überliefert. Die Melodie ist nicht durch Harmonien verfestigt, freischwebend über dem Rhythmus wird sie immer der schöpferischen Begabung des Künstlers überlassen. Einerseits versucht die traditionelle indische Musik als eigenständige kulturelles Erbe zu behaupten, andererseits wird sie von der einheimischen Filmmusik sowie vom Einfluss der westlichen Rock- und Techno-Musik überrollt.

Das Theater weist ebenfalls eine sehr alte Tradition auf. Die Themen werden von den zahlreichen epischen Legenden geliefert, die sich für theatralische Aufführungen eignen und ihre Wurzeln im religiösen Leben des indischen Volkes finden. Sie versuchen zudem eine kommunikative Verbindung herzustellen zwischen dem Göttlichen und dem Menschlichen, zwischen König und Volk, Reich und Arm, Alt und Jung. Nach der alten indischen Vorstellung ermöglicht das Drama eine Verbindung zwischen einfachen Rezitationen, Mimik und Tanz. Es soll die getreue Darstellung eines bestimmten Charakters bewirken in einer Reihe von Umständen, die Freude oder Schmerz im Zuschauer erwecken. Dazu werden oft die hinduistischen Epen Ramayana und Mahabharata sowie die buddhistischen Jatakas benützt.



Manuel Bauer / Lookat

Vom Rajasthan nach Andalusien: Maharaja Flamenca

Aus Rajasthan durch Iran, den Maghreb respektive den Balkan bis nach Andalusien wanderten vom 12. bis 18. Jahrhundert viele Gruppen eines Volkes, das sich Roma nennt. Wo sich von ihren Handwerken oder ihren Künsten leben liess, liessen sie sich nieder, als Diener vieler (Feld-)Herren, als Fremde oft verfehmt, als Aussen-seiter vertrieben, unter dem Nationalsozialismus vergast. Die Geschichte der «Zigeuner» hat ebenso viel Dramatik wie ihre Musik. Dass ihr Ursprung in Rajasthan liegt, ist mehr als ein Mythos: die Gruppe Maharaja besteht aus Exponenten der besten Musikerfamilien des «Landes der Könige», wo diese niederen Kasten ein ähnlich hohes Ansehen geniessen wie die funktionsverwandten Griots Westafrikas. Wenn sie zur traditionellen Volksmusik zusammen mit Flamenco-Musikern aufspielen, wird überraschend klar, wie nahe sich diese Völker sind – die Fusion ist verwirrend perfekt. Auftritte in der Schweiz: 24. August, Kongresszentrum der Messe Basel
25. August, Frick, Meck à Frick. Bookmark: www.worldmusicportal.com/Artists/Asian/Indian/maharaja.htm

Indien an der Jahreskonferenz

Indien steht im Zentrum der dies-jährigen Jahreskonferenz Entwicklungszusammenarbeit der DEZA und des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) am 24. August im Kongresszentrum der Messe Basel. Kulturelle Beiträge verweisen auf die ganze Spannweite der Gegensätze der indischen Kultur. Und darauf, dass wir uns in Europa von ihr ein anderes Bild machen, als die Inder selbst (s. Artikel). Einerseits wird die Familie Keshava, an ihrem Wohnort Basel bestbekannt, in einem Workshop die Tradition der indischen Tempeltänze erklären. Andererseits, vom anderen Ende der Kastenskala, tritt in der Abendveranstaltung die Gruppe Maharaja auf (siehe Randspalte).

Als der unübertroffene Dramatiker Indiens gilt Kalidasa, dessen berühmtestes Schauspiel Shakuntala Weltruf geniesst und heute trotz einer gewissen Modernisierung einen grossen Stellenwert besitzt. Auf der andern Seite werden moderne Theaterstücke, in denen ein ständiger Dialog von Vergangenheit und Gegenwart gesucht wird und sozialkritische Themen aufgenommen werden, nur von wenigen Menschen besucht. Im Gegensatz zum Film, wo in eine Scheinwelt geflüchtet wird, sucht man im Theater den religiösen, spirituellen Rückhalt und ist aber auch hier nicht bereit, sich mit den gegenwärtigen Themen des Alltags wie

Umwelt, Armut und Bildung auseinander zu setzen. ■

** Vijay Kumar Singh, Dipl. Ing. ETH, ist schweizerisch-indischer Journalist und wohnt in Zollikon. Er ist auch Präsident der Schweizerisch-Indischen Gesellschaft in Zürich.*

Behutsamer Grenzgang

(er) Sanft-eindringlich erklingt sein Instrument. Die Saiten zupft er virtuos wie eine Kamele N'Goni – eine Art von vier- oder sechssaitiger «Kora» respektive Laute der Wassoulou-Jäger. Der malische Sänger und Gitarrist Habib Koité spielt Lead- und Rhythmusgitarre in Einem. Über diesem perlenden Sound schweben filigrane Mundharmonika-Töne. Später antworten Chorstimmen den Tama-Rufen des Talkingdrums. Dann setzt eine Violine flirrend-kreisende Akzente, oder die Flöte erklingt leicht melancholisch. Zu tänzelnden Balafon-Mustern vermittelt schliesslich Habib Koités melodios-einschmeichelnde Stimme im Bambara-Dialekt viele Bilder aus dem westafrikanischen Alltag mit seinen Problemen, seinen Freuden und Leiden. Der 43-jährige Musiker setzt als besonnener Poet aus dem Volk der Kassonké mit seiner dritten, luftigsubtilen CD den eigenen behutsamen Grenzgang zwischen Griot-Tradition und World-music-Arrangement fort – in die allererste Riege afrikanischer Musiker.

Habib Koité & Bamada: «Baro» (Putuma/Disques Office)

Kubanische Lebensfreude

(er) Carlos Santana liess sich von ihm inspirieren – und dem Übergang von den drei kleinen Schritten zum vierten wird seit Anfang der 50er Jahre in der ganzen Welt lautmalerisch mit Cha Cha Chá gefrönt. Dieser Tanz hat seine Wurzeln im Kuba der 40er Jahre, wo das Elend in den Wohnblöcken der Ärmsten, den Solares, im Kontrast zum Glamour in den Palästen stand. Hier entstand 1942 das Orquesta América, und dessen erster Geiger Enrique Jorrin schuf fast zufällig den Cha Cha Chá. Nach Jorrins Tod blieb



das mittlerweile legendäre Orchester dem Tanz treu, wie das neuste Orquesta América-Album beweist. So weben Geigen zusammen mit Congas, Bongo und Guiro in wechselndem Tempo einen koketten, witzigen und übermütigen Charanga-Teppich. Immer wieder erklingen jazzig angehauchte Pianosoli. Und da ist noch die raue Sonero-Stimme des Sängers, die feurig und manchmal romantisch kubanische Lebensfreude ausstrahlt – el Cha Cha Chá vive!

Orquesta América: «Sabor Profundo» (RealRhythm/COD Music)

Überwältigende Klangwelten

(er) Vorerst: Die Hörgewohnheiten und die damit verbundenen Gefühle werden auf die Probe gestellt. Dann: Es dauerte gerade einmal ein Vierteljahr-



hundert bis Radio France die Aufnahmen eines Konzertes von nach Indien geflüchteten tibetischen Mönchen des Klosters Gyütö veröffentlichte. Deren Ausschnitte von Ritualen und Zeremonien sowie ein Gebet wurden in Paris im Rahmen des Festival d'Automne aufgezeichnet und nun auf zwei CDs dokumentiert, die in einem attraktiv und sorgfältig gestalteten Booklet angeboten werden. Schlussendlich: Zu hören sind überwältigende Klangwelten von gutturalen und tiefrauen Stimmen, die heilige Texte des Mahayana-Buddhismus rezitieren. Ins Wechselspiel der Stimme von Tantra setzt der Ritualmeister mit Trommel und Handglöckchen sanfte Akzente. Pure Faszination ist dann angesagt, wenn metallisch klirrende grosse Becken und dunkel vibrierende Rahmentrommeln rhythmisch uralte Formeln umsetzen.

Monastère de Gyütö: «La Voix des Tantras» (Ocora/Musikvertrieb)

Cinfo-Angebot

(bf) Cinfo, das Zentrum für Information, Beratung und Bildung für Berufe in der internationalen Zusammenarbeit und humanitären Hilfe, bietet neben Beratungen (nach Voranmeldung), Seminaren und Kursen, Publikationen, Stelleninformationen, Dokumentation und einer Bibliothek in regelmässigen Abständen auch den sehr informativen und beliebten Anlass «Internationale Zusammenarbeit: Angebot und Nachfrage» durch. Das nächste Mal am 6. Oktober für Französischsprachige und am 3. November für Deutschsprachige.

*Für Anmeldungen und zusätzliche Informationen: www.cinfo.ch oder cinfo-Sekretariat in Biel
Tél 032 365 80 02*

Aus- und Weiterbildung

Service

Nachdiplome

Das NADEL (Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer) an der ETH Zürich bietet in den nächsten Monaten folgende Kurse an:

13.11.–16.11. Korruption und Korruptionskontrolle in Entwicklungsländern

3.12.–7.12. Planung auf den Stufen Projekt, Sektor- und Landesprogramm

12.12.–14.12. Mikro- und Makroperspektiven in der Armutsbekämpfung

14.1.–18.1. Rapid Organisational Appraisal in der Partnerwahl für Projektzusammenarbeit

30.1.–1.2.2002 Knowledge Management in der Entwicklungszusammenarbeit

Anmeldeschluss: 1 Monat vor Beginn des betreffenden Kurses. Auskunft und Anmeldung: NADEL-Sekretariat, ETH Zentrum, 8092 Zürich, Tel 01 632 42 40, www.nadel.ethz.ch

6. Focus Osteuropa

(dls) «Was tut die Schweiz in Zentralasien?» So lautet das Thema, das an der Jahreskonferenz der Zusammenarbeit mit Osteuropa behandelt wird, welche am 6. November im Hotel Bellevue in Bern stattfindet. Die Schweiz ist seit 1993 in Asien präsent und unterstützt dort den schwierigen Übergang zum politischen Pluralismus und zur Marktwirtschaft. Diese Republiken sind auch Teil der Abstimmungsgruppe unter Schweizer Leitung in den Bretton-Woods-Institutionen. An dem von der DEZA und vom seco organisierten 6. Fokus werden ausser den Bundesräten Deiss und Couchepin unter anderen auch der kirgisische Schriftsteller und Botschafter in Brüssel, Tschjngis Aitmatov, sowie Mulladjanov, Präsident der Nationalbank von Usbekistan teilnehmen. Es stehen sechs Workshops zur Auswahl, in

denen die Teilnehmenden eine konkrete Dimension der Zusammenarbeit mit Zentralasien kennen lernen können.

Die Teilnahme am Focus Osteuropa ist gratis. Auskünfte und Anmeldung (bis zum 19. Oktober) bei der Sektion Medien und Kommunikation der DEZA, Tel 031 322 44 12

Nachhaltig auf lokaler Ebene

(bf) Unter dem Titel «Nachhaltigkeit konkret: Die Rolle der Wirtschaft» führt die DEZA zusammen mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und mit Unterstützung des Bundesamts für Gesundheit (BAG) und des Bundesamts für Energie (BFE) eine nationale Tagung zur nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene durch. Die Referate, Workshops und Posterausstellung richten sich an all jene, die jetzt oder zukünftig aktiv an der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 beteiligt sind, oder als politische Entscheidungsträgerinnen und -träger die nachhaltige Entwicklung mitprägen. Ziele der Tagung sind neben der Präsentation konkreter Projekte, das Aufzeigen konkreter Handlungsmöglichkeiten, der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung unter aktiven Städten, Gemeinden, Kantonen und Nichtregierungs-Organisationen, sowie zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft.

21. und 22. November, Forum für Medien und Gestaltung im Kornhaus Bern. Auskunft und Anmeldung: Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz, Postfach, 8032 Zürich, Tel 01 251 28 26, info@sgu.org

Farbe der Wahrheit

(dg) Der schwarze Studentenfürer Siphio Mtinkulu wurde während des Apartheidregimes von Polizisten gefangen genommen und gefoltert, bis er plötzlich spurlos verschwand. 15



Jahre später stehen seine Angehörigen vor der «Wahrheits- und Versöhnungskommission» den Mördern gegenüber. Ist Versöhnung möglich? Wird das Prinzip «Vergebung statt Vergeltung» funktionieren? Der Film dokumentiert auf bewegende Weise die Suche Südafrikas nach Gerechtigkeit. Ein wertvoller Beitrag zu den Themen Friedenserziehung und Vergangenheitsbewältigung.

Dobroivo Kerpenisan, Südafrika 1998. Deutsch, Video VHS, 30', Dokumentarfilm; Verleih/Verkauf: Bildung und Entwicklung, Tel 031 389 20 21, info@bern.globaleducation.ch Information und Beratung: Fachstelle «Filme für eine Welt», Tel. 031 398 20 88, mail@filmeinewelt.ch, www.filmereinewelt.ch

Yi Yi und eine Göttin

(bf) Die Verleihfirma Trigon-Filme hat es sich zur Aufgabe gemacht, herausragende Spiel- und Dokumentarfilme aus Afrika, Asien und Lateinamerika einem möglichst grossen Publikum im Kino nahe zu bringen. In den nächsten Wochen und Monaten spielen unter anderem zwei asiatische Filme auf Schweizer Leinwänden, die besondere Beachtung verdienen. Der Taiwanische Film «Yi Yi» (Und eins und zwei) wurde am Filmfestival von Cannes 2000 für die beste Regie und am Festival in Fribourg 2001 mit dem Grand Prix Regard d'Or ausgezeichnet. Obwohl der Film an

die drei Stunden dauert, möchte man auch nach dem Filmende am liebsten noch lange weiter schauen, wie das Leben mit den Menschen einer gut situierten Familie im heutigen Taipeh so spielt.

Aus Hongkong und Japan kommt das Roadmovie «The Goddess of 1967» in dem ein junger, attraktiver Japaner via Internet seinen Traumwagen, einen Citroën DS (Déesse heisst auf Französisch Göttin) sucht. Die fünftägige Fahrt mit der «Göttin» ist eine packend gestaltete Reise ins Innere der Familiengeschichte eines blinden Mädchens und des Wagens. Eine Reise in archaisch anmutende Landschaften und Gefühlswelten. «Yi Yi» und «The Goddess of 1967» laufen in den nächsten Wochen und Monaten in verschiedenen Schweizer Kinos. Siehe lokale Kinoprogramme oder www.trigon-film.org

Asyl- und Flüchtlingspolitik der Schweiz

(bf) Seit 1991 engagiert sich die Schweiz in den Krisenregionen des früheren Jugoslawiens. Dabei steht seit dem Konflikt im Kosovo diese Provinz im Mittelpunkt der eidgenössischen Hilfe und Zusammenarbeit. Die informative Wanderausstellung «Rückkehr und Wiederaufbau im Kosovo» – ein Gemeinschaftsprojekt des Bundesamts für Flüchtlinge (BFF) und der DEZA – konzentriert sich auf das schweizerische Rückkehr-



und Wiederaufbauprogramm, das sowohl den heimkehrenden Kriegsvertriebenen als auch der während des Konflikts im Kosovo verbliebenen Bevölkerung zugute kommt. Die Ausstellung besteht aus 11 Modulen (Fotos, Illustrationen und Begleittext) und viel Anschauungsmaterial (Broschüren, Statistiken, Videokassetten) und vermittelt Referenten, welche das Thema «Asyl- und Flüchtlingspolitik der Schweiz» kompetent und spannend näher bringen.

Information und/oder Bestellung der kostenlosen Ausstellung: Nathalie Wyser, Bundesamt für Flüchtlinge, Tel. 031 325 92 53 oder nathalie.wyser@bff.admin.ch

Zukunfts-Perspektiven

(bf) Der «Terror der Ökonomie» und die Globalisierungsfolgen, weltweite Ungleichheit und zunehmende Verarmung, soziale Spaltung und Naturzerstörung, aber auch die heterogene Anti-Globalisierungsbewegung haben in den letzten Jahren neue Kontroversen über Alternativen

zur Politik des Kapitals und über linke Perspektiven ausgelöst. Im Heft 40 der Theoriezeitschrift «Widerspruch» liegen auch in dieser Jubiläumsausgabe einmal mehr überaus fundierte und informative Beiträge renommierter Fauchautoren aus thematisch unterschiedlichen Sachgebieten vor: Entwicklungsanalysen, Ethik der Nachhaltigkeit, Sozialisierung des Marktes, Forschungsnotizen, Skizzen alternativer Konzepte und Reformperspektiven.

«Zukunfts-Perspektiven» ist auf Deutsch erhältlich bei: Widerspruch, Postfach, 8026 Zürich; Tel 01 273 03 02, www.widerspruch.ch

Neue Zeitschrift

(bf) Global+ heisst die neue Zeitschrift, deren erste Nummer Ende März herausgekommen ist und von der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas herausgegeben wird. Vier Mal pro Jahr wollen die Herausgeber künftig die Politik der Schweizer Regierung, von Schweizer Multis und von internationalen Organisationen gegenüber den armen Ländern kritisch analysieren und kommentieren. Schwerpunkt der ersten Ausgabe bildete die Entschuldungsfrage der ärmsten Länder mit kritischen Beiträgen zur HIPC-Entschuldungsinitiative von Weltbank und IWF, zur schweizerischen und zu einer künftigen Entschuldungspolitik.

«Global+» Zeitschrift zu Globalisierung und Nord/Südpolitik»; Jahresabo: 25.-, Einzelnummer Fr. 7.-. Bezug: Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke, Postfach 6735, 3001 Bern, Tel 031 390 93 34, www.swisscoalition.ch

Tausendundeine Welt

(bf) Wer global lernt oder lehrt, versucht, eine Vielzahl von Perspektiven zu berücksichtigen. In der neusten Nummer 2001/2 von EP Education permanente, der Schweizerischen Zeitschrift für Erwachsenenbildung/Weiterbildung, werden unter dem Titel «Tausendundeine Welt» theoretische Reflexionen und praktische Beispiele vorgestellt. So geben über ein Dutzend Fachautoren und -autorinnen in Deutsch und Französisch Einblicke in Projekte, die das globale Lernen in der Schweiz und in Ländern des Südens umsetzen, und der Ethnologe David Signer rückt dem Phänomen der Multikulturalität schonungslos zuleibe. *Tausendundeine Welt von «EP Education permanente» 2001/2 ist zu bestellen bei SVEB/FSEA, Oerlikonerstr. 38, Postfach 270, 8057 Zürich, Tel 0848 33 34 33, sveb@alice.ch*

Förderung des Privatsektors

(jls) In den letzten Jahren haben die DEZA und das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) Instrumente eingeführt, welche das Engagement des Privatsektors – insbesondere der kleinen

und mittleren Unternehmen – in den Entwicklungsländern fördern sollen. Das Jahrbuch Schweiz-Dritte Welt 2001, herausgegeben vom Genfer Universitätsinstitut für Entwicklungsstudien (IUED), präsentiert und analysiert diese Instrumente in einem Dossier über die Förderung des Privatsektors im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Es befasst sich ausserdem mit den direkten Investitionen und der sozialen Verantwortung der Unternehmen. Das Jahrbuch bietet eine vollständige Übersicht über die Ereignisse im Jahr 2000 und die Position der Schweiz dazu, sowie zahlreiche statistische Angaben.

Das Jahrbuch ist in Französisch und Deutsch für 42 Franken im Buchhandel erhältlich oder beim Publikationsdienst der IUED: Tel 022 906 59 50, publications@iued.unige.ch.



Olivia Heusser / Lookat

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA).

Redaktionskomitee

Harry Sivec (verantwortlich)
Catherine Vuffray (vuc)
Barbara Affolter (abb) Sarah Grosjean (gjs)
Sophie Delessert (dls) Joachim Ahrens (ahj)
Antonella Simonetti (sia) Beat Felber (bf)

Redaktionelle Mitarbeit

Beat Felber (bf – Produktion)
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)
Jane-Lise Schneeberger (jls)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie

City Comp SA, Morges

Druck

Vogt-Schild / Habegger AG, Solothurn

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Abonnemente

«Eine Welt» ist gratis erhältlich bei: DEZA, Sektion Medien und Kommunikation, 3003 Bern, Tel. 031 322 44 12 Fax 031 324 13 48 E-mail: info@deza.admin.ch 48001

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage 42000

Umschlag Peter Stäger

Internet: www.deza.admin.ch

«Schweiz global», das Magazin des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA), stellt aktuelle Themen der schweizerischen Aussenpolitik vor. Es erscheint viermal jährlich in Deutsch, Französisch und Italienisch. Die Ausgabe 4/2001 (erscheint Ende Oktober) befasst sich im Dossier mit der Flüchtlingsproblematik. Weitere Themen sind: Karrieremöglichkeiten in internationalen Organisationen und Gründe, weshalb Schweizerinnen und Schweizer im Ausland immer häufiger in Not geraten. Die letzte Ausgabe (Juli) stellte die Aussenpolitik und ihre Akteure in den Mittelpunkt. Gratisabonnemente können bestellt werden bei: «Schweiz global» c/o Schaer Thun AG Industriest. 12 3661 Utendorf E-Mail: druckzentrum@schaerthun.ch

In der nächsten Nummer:

**Aserbaidshan, Turkmenistan, Usbekistan,
Tadschikistan und Kirgistan – Zentralasien
und seine Besonderheiten, seine Entwick-
lung und was die Schweiz damit zu tun hat.**



DIREKTION
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
DEZA